

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Die Irrlehren der Sozialdemokratie

Richter, Eugen

Berlin, 1893

Die

Irrlehren

der

Sozialdemokratie

Belenchtet

von

Eugen Richter,

Mitglied des Reichstages.

Einbandpreis 50 Pfennig.

UB INNSBRUCK



+C130787307

Berlin, Februar 1893.

Verlag „Fortschritt“, Aktiengesellschaft.

Inhaltsübersicht.

	Seite
1. Das sozialdemokratische Programm	8
2. Das sozialdemokratische Versteckenspiel	6
3. Die Konfiskation des Privatvermögens	10
4. Was bei der Ertragsteilung herauskommt	14
5. Die künftige Kapitalbildung	18
6. Die Ueberschätzung des Großtriebs	23
7. Staatsbetrieb und Aufhebung der Konkurrenz	25
8. Falsche Beurteilung der Handelsgewerbe	28
9. Gleiche Arbeitszeit und gleicher Arbeitslohn	30
10. Die Organisation von Kunst und Wissenschaft	35
11. Das Geld der Zukunft	38
12. Die sozialdemokratische Staatsregierung	42
13. Das häusliche Leben im Zukunftsstaate	44
14. Die Regulierung der Geburten	46



1912. Bibl. Poeschl-Gorisch.

23
10 117

1. Das sozialdemokratische Programm.

Das eigentliche sozialdemokratische Programm ist wenig bekannt und wird noch weniger verstanden. Wir beabsichtigen deshalb, dieses eigentliche sozialdemokratische Programm in seinen falschen Voraussetzungen, willkürlichen Schlüssen und schlimmen Folgen näher klarzustellen. Erst die Aufhebung des Sozialistengesetzes hat solche Kritik wieder ermöglicht, denn man kann dasjenige mit Erfolg nicht kritisieren, dessen Wiedergabe oder Verteidigung verboten ist.

Die Sozialdemokraten sind überall dabei, Unvollkommenheiten in der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung auf's Drastischste zu übertreiben und es so darzustellen, als ob eine neue sozialistische Weltordnung imstande wäre, anstelle der bestehenden Ordnung ideale Zustände zu schaffen. Die neue sozialistische Weltordnung selbst aber wird von ihren Bekennern sehr selten gezeichnet.

Daß die bestehenden Zustände ebenso unvollkommen sind, wie die Menschen überhaupt, bezweifelt niemand. Die Frage ist nur, ob die sozialdemokratische Weltordnung imstande ist, etwas Besseres an die Stelle zu setzen, vorausgesetzt, daß sie überhaupt ausführbar erscheint.

Das sozialdemokratische Programm, wie es 1875 auf dem Parteitag zu Gotha festgestellt wurde und noch heute maßgebend für die Partei ist, beschäftigt sich auch weit weniger ausführlich mit dieser Weltordnung der Zukunft, als mit Forderungen „innerhalb der heutigen Gesellschaft“. Dieses Programm zerfällt überhaupt in 3 Teile: die eigentliche sozialdemokratische Weltordnung, die Forderungen an „die Grundlagen des Staates“ und die Forderungen „innerhalb der heutigen Gesellschaft“.

Was zunächst die am Schluß des Programms aufgeführten Forderungen innerhalb der heutigen Gesellschaft betrifft, so kann manches darunter auch jeder Freisinnige unterschreiben. Es handelt sich hier u. A. beispielsweise um Arbeiterschutzgesetze, Regelung der Gefängnisarbeit, Selbstverwaltung für Arbeiterhilfe- und Unterstützungskassen, Koalitionsfreiheit, Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten u. s. w. Manche Irrtümer laufen freilich mit unter, so beispielsweise, daß eine einheitliche progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde alle andern Steuern überflüssig machen kann, und daß gesetzliche Bestimmung eines Normalarbeitstages überhaupt den Arbeitern Vorteil zu bringen vermöchte. Doch kann man hier wie in anderen Punkten anderer Ansicht sein und braucht darum noch nicht zu den Sozialdemokraten zu gehören.

Auch in dem mittleren Teil des Programms, welcher von „den Grundlagen des Staates“ handelt, welche die Sozialdemokratie fordern müsse, ist manches, was auch jeder Freisinnige unterschreiben kann, anderes, was eine staatliche Entwicklung der Zukunft vielleicht ermöglicht, ohne darum einen sozialdemokratischen Charakter anzunehmen. Daß beispielsweise der Wahl- oder Abstimmungstag ein Sonntag oder ein

Feiertag sein muß, halten wir für ganz gerechtfertigt. Eine direkte Gesetzgebung durch das Volk ist in gewissem Sinne in der Schweiz eingeführt. Der unentgeltliche Unterricht über die Volksschule hinaus ist in gewissen Grenzen neuerdings in Frankreich zur Geltung gekommen. Manches in den übrigen Forderungen ist verkehrt, beispielsweise die unentgeltliche Rechtspflege, welche eine entsetzliche Prozeßwut entfesseln würde. Indessen braucht man sich über solche Zweckmäßigkeitsfragen nicht besonders zu ereifern. Dies gilt auch in betreff des Programmpunktes hinsichtlich der Religion. Zur Privatsache ist die Religion auch in den Vereinigten Staaten von Amerika erklärt. Spezifisch sozialdemokratisch ist in diesem Teil des Programms nur „die allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat.“

Sobann wird in diesem mittleren Teil zur Anbahnung der Lösung der sozialen Frage „die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes“ verlangt. Indessen giebt neuerlich die Sozialdemokratie selbst diesen von Ferdinand Lassalle herstammenden Teil ihres Programms völlig preis und wird ihn voraussichtlich auf dem nächsten Parteitag auch formell ausmerzen.

Sonach bleibt als das eigentliche sozialdemokratische Programm, abgesehen von der allgemeinen und gleichen Volkserziehung durch den Staat, nur der erste Teil des Programms übrig, welcher wörtlich wie folgt lautet:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.“

Bediglich Phrase ist noch folgender Satz:

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“

Ehe wir den Inhalt des vorstehenden Programms im Einzelnen erörtern, erheischen einige in dasselbe eingefügte theoretische Sätze, welche teils falsch, teils schief oder mehrdeutig wiedergegeben sind, ein paar kurze Bemerkungen. Allerdings ist, solange gebratene Tauben nicht in den Mund fliegen, die Arbeit die Quelle alles Reichtums, denn

man kann nicht einmal herrenlose Früchte vom Baume pflücken ohne die Arbeit der Hand. Aber nicht jede Arbeit schafft Reichtum und nicht die Arbeit allein bedingt die Produktivität.

Nur diejenige Arbeit ist produktiv, welche Gegenstände schafft, die die Gesellschaft oder der Einzelne auch gebrauchen kann. Eine Arbeit, die entweder Dinge hervorbringt, die keinen Gebrauchswert haben, weil schon bessere Gegenstände für denselben Gebrauch vorhanden sind oder mehr Stücke von einem an sich nützlichen Gegenstande produziert, als von demselben gebraucht werden, schafft nicht Reichtum und Kultur, sondern bewirkt umgekehrt Verluste für die Volkswirtschaft. Die Arbeit aber in beiden Beziehungen nach dem Gebrauchsbedürfnis des Publikums einzurichten, ist Aufgabe des Unternehmers. Die fleißigste Arbeit ist für die Gesamtheit nachteiliger als die Enthaltung von der Arbeit, wenn die Arbeit durch einen ungeschickten Unternehmer falsch geleitet wird. Dies wird freilich von den Sozialdemokraten verschwiegen, weil sie den aus richtiger Arbeitsleitung entstehenden Unternehmergewinn nicht als einen rechtmäßigen Anteil an dem Ertrage der Arbeit, sondern als Ausbeutung der Arbeiter darzustellen belieben.

Auch ist abgesehen von der Thätigkeit des Unternehmers nicht die Arbeit allein die Quelle des Reichtums und der Kultur. Die Aufwendung menschlicher Thätigkeit ist in dem Umfang des Erfolges bedingt durch die Wirksamkeit der Naturkräfte, welche man sich durch diese Thätigkeit nutzbar macht und durch die Wirksamkeit der Arbeitsmittel, welche die Arbeit unterstützen. Was wäre die Arbeit ohne Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe und ohne Vorräte, welche den Unterhalt des Arbeiters ermöglichen bis zur Herstellung neuer Produkte? Diese Arbeitsmittel, welche selbst aufgesparte Arbeit darstellen, d. h. Produkte, die nicht zum Verzehren, sondern zu erneuter Produktion dienen, nennt man Kapital. Das sozialdemokratische Programm bezeichnet die Arbeitsmittel in der heutigen Gesellschaft als „Monopol der Kapitalistenklasse“. Das ist unwahr. Die heutige Gesellschaft scheidet sich nicht in eine „Kapitalistenklasse“ und in eine „Arbeiterklasse.“ Es giebt sehr wenig Arbeiter, die nicht auch Kapital d. h. Arbeitsmittel, zum mindesten Werkzeuge, Unterhaltungsmittel bis zum Lohntage, besitzen und sehr wenig Kapitalisten, die nicht auch Arbeit verrichten. Allerdings bestehen Unterschiede in dem Umfang des Besitzes von Arbeitsmitteln oder Kapital; aber die Sozialdemokraten belieben es, stets nur die äußersten Extreme einander gegenüberzustellen, einen prassenden Millionär und Müßiggänger auf der einen Seite und einen darbenden, aus der Hand in den Mund lebenden Lohnarbeiter auf der andern Seite.

Wer im Besitze von Kapital ist, wird dasselbe entweder zur Unterstützung seiner eigenen Arbeit oder seines eigenen Unternehmens benutzen oder anderen darleihen. In beiden Fällen kann er dafür, daß er das Kapital erspart hat, bzw. wenn es ihm durch Erbschaft oder Schenkung überkommen ist, eine Entschädigung beanspruchen, die sich ausdrückt in verschiedener Weise z. B. in einem größeren Unternehmergewinn, in der Grundrente oder bei Ueberlassung an Andere in Zins, Pacht, Miethe zc. Das Maß der Entschädigung hängt ab von dem Verhältnis zwis unAngebot chend Nachfrage für Kapital und

Unternehmungen bezw. Arbeit. In den letzten Jahren ist die Zinsrente um mehr als ein Viertel gefallen, während der Arbeitslohn erheblich gestiegen ist.

Es ist ebenfalls unwahr, von einer „Abhängigkeit der Arbeiterklasse als einer Ursache des Elends und der Knechtschaft“ zu sprechen. Die Abhängigkeit der Arbeiter vom Unternehmer oder Besitzer der Arbeitsmittel und die Abhängigkeit dieser von den Arbeitern ist eine wechselseitige. Bleiben dem Unternehmer die Arbeiter einmal aus, so kann er unter Umständen an Kapital und Kundschaft dadurch leicht das Zehnfache von demjenigen einbüßen, was die Arbeiter durch Streik von ihm zu erlangen suchen. Manche Streikbewegung der Neuzeit hat deshalb die Unternehmer abhängiger erscheinen lassen von den Arbeitern, als daß das Umgekehrte dabei hervorgetreten wäre. Ob das Eine oder das Andere zutrifft, hängt von der jeweiligen Konjunktur, dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ab.

Auf dem Parteitag in Halle hat Abg. Liebknecht, als er am 16. Oktober über eine Revision des Parteiprogramms sprach, inhaltlich nichts von diesen Sätzen des Programms aufgegeben, sondern nur einzelne Ausdrücke als nicht hinreichend präzise bezeichnet.

Das Falsche, Schiefe und Zweideutige in den theoretischen Sätzen des obigen sozialdemokratischen Programms aber soll nur die Unterlage bilden, um die eigentlichen Ziele der Partei, die Verstaatlichung alles Kapitals und jeder Produktion, zu begründen.

2. Das sozialdemokratische Versteckensspiel.

Als Kern des eigentlichen sozialdemokratischen Programms schält sich, wenn man alle theoretischen Sätze und die bloßen Phrasen fortläßt, folgendes heraus: Das Arbeitsprodukt gehört der Gesamtheit. Allgemeine Arbeitspflicht nach gleichem Recht. Die Arbeitsmittel werden Eigentum der Gesamtheit. Die gesamte Arbeit wird genossenschaftlich geregelt, mit gemeinnütziger Verwendung und Verteilung des Arbeitsertrages. Das System der Lohnarbeit wird abgeschafft, und alle soziale und politische Ungleichheit aufgehoben.

Noch kürzer und deutlicher läßt sich dies Programm zusammenfassen: Verstaatlichung alles Kapitals und Verstaatlichung jeder Produktion, Regelung auch der Konsumtion durch den Staat, gleicher Arbeitslohn für alle.

Es ist charakteristisch, daß die Sozialdemokraten bei der Darstellung des Programms gewissen Worten einen von ihrer sonstigen Bedeutung in der deutschen Sprache ganz verschiedenen Sinn beilegen. So sprechen sie stets von Gesellschaft, Regelung durch die Gesellschaft, Arbeit durch die Gesellschaft, Gemeingut der Gesellschaft, während es überall heißen müßte Regelung durch den Staat, Arbeit durch den Staat, Eigentum des Staates; denn überall beruht die sozialdemokratische Regelung auf staatlichem Zwang. Die Gesellschaft, soweit sie durch Zwangsgewalt organisiert wird, ist eben der Staat, entweder in seiner Gesamtheit oder in seinen engeren Verbänden. Unter Gesellschaft dagegen versteht man sonst nur das Verhältnis der Menschen zu

einander, soweit es auf Freiwilligkeit beruht. Ebenso wird der Ausdruck „Genossenschaft“ von der Sozialdemokratie angewendet in einem dem Wort ganz fremden Sinne. Unter Genossenschaft versteht man sonst eine von den politischen Verbänden unabhängige wirtschaftliche Vereinigung, während im sozialdemokratischen Sinne das Wort „Genossenschaft“ zusammenfällt mit dem politischen Verband.

Ist hiernach schon das eigentliche sozialdemokratische Programm durch die verschrobene, mit der gewöhnlichen Bedeutung der Worte in Widerspruch stehende Fassung dunkel und schwer verständlich für den gemeinen Mann, so ist es andererseits noch charakteristischer, daß die Sozialdemokratie bei ihrem öffentlichen Auftreten gerade dieses ihr eigentliche Programm, den Kern ihrer Bestrebungen, so wenig wie möglich hervortreten läßt.

In erster Reihe und hauptsächlich stellt sich namentlich bei Wahlen die sozialdemokratische Partei als eine politisch radikale Partei hin, gewissermaßen als linken Flügel der freisinnigen Partei. Die Wahlflugblätter der Sozialdemokraten sind zumeist nur mit Ausführungen in dieser Richtung angefüllt. Daneben werden alsdann Schäden und Uebelstände in der heutigen Gesellschaftsordnung möglichst grell beleuchtet. Man sucht die Grundlagen derselben darzustellen nicht als auf dem Wesen und der Natur der Menschen beruhend, sondern als auf Herrschaftsgelüsten und Böswilligkeit einer kleinen Minderheit begründet. Leidenschaften werden zu entflammen gesucht durch Erweckung von Neid, Eifersucht und Mißgunst der minder Wohlhabenden gegen die Wohlhabenderen. Was dagegen anstelle dieser schlechten heutigen Gesellschaftsordnung treten soll, wird kaum mit einigen mehrdeutigen, wenig verständlichen Ausdrücken bezeichnet, in der Hauptsache völlig verschwiegen.

Bis zum Außerkräfttreten des Sozialistengesetzes konnte man einen Vorwand dafür in den Gefahren suchen, welche die Darlegung der eigentlichen sozialdemokratischen Bestrebungen mit sich brachte. Auch war eine Kritik dieser Bestrebungen für die Gegner der Sozialdemokratie so lange nicht Erfolg versprechend, als man von sozialdemokratischer Seite darauf hinweisen konnte, daß das Sozialistengesetz der angegriffenen Partei die Verteidigung erschwere. Alles dies greift aber zur Zeit nicht mehr Platz.

Gleichwohl ist die Kritik ihrer eigentlichen Ziele auch jetzt der Sozialdemokratie nicht weniger unliebsam als früher. Als nach dem 1. Oktober in einigen Berliner Versammlungen die sozialdemokratischen Ziele zwischen freisinnigen und sozialdemokratischen Rednern diskutiert wurden, suchten die Sozialdemokraten der Kritik die Spitze abzubreaken damit, daß sie sagten, es sei verfrüht, sich darüber den Kopf zu zerbrechen; ein Narr frage mehr, als zehn Vernünftige beantworten können; hätten die Sozialdemokraten erst die Klinke der Gesetzgebung in der Hand, dann würden sie schon ihren Gegnern zeigen, wie es gemacht werden soll. Aber was in aller Welt kann denn jemand veranlassen, den Sozialdemokraten die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu drücken, wenn dieselben nicht den Nachweis zu führen vermögen, daß dasjenige, was sie machen wollen, besser ist und nicht weit schlechter, als das Bestehende.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Halle, suchte der Referent über das Parteiprogramm, Herr Liebknecht, sich am 16. Oktober um den eigentlichen Kern des sozialdemokratischen Programms wie folgt herumzudrücken. „man könne von den Sozialdemokraten nicht ein Bild von dem erstrebten Zukunftsstaat verlangen; denn wer wolle sagen, in welcher Weise die Technik voranschreite und alle Schwierigkeiten, die unüberwindlich scheinen, beseitige. Zu erfragen, wie es in einem sozialdemokratischen Zukunftsstaat aussehe, könne nur ein Narr verlangen. Leute, die solche Frage stellen, nageln sich selbst an als völlig unwissende, denkfähige Köpfe. Der jetzige Staat müsse in den Zukunftsstaat hineinwachsen. Es könne natürlich nicht nach der Analogie des Sozialistengesetzes gehen, daß man dekretiere, an einem bestimmten Zeitpunkt, 12 Uhr nachts, hört die heutige Gesellschaftsordnung auf und die sozialdemokratische tritt in Kraft.“

Wenn aber die sozialdemokratische Weltordnung überhaupt möglich und besser wäre als die heutige, so müßte man geradezu fordern, daß sie mit einem Schlage ins Leben trete. Denn das allmähliche Uebergangsverhältnis wäre gerade das aller verderblichste. Es gewährt solches nicht die gerühmten Vorteile der sozialdemokratischen Weltordnung und zerstört doch die Grundlagen der gegenwärtigen Ordnung, indem es jede Unternehmungslust und jedes Interesse an Kapitalerhaltung und Kapitalersparnis untergräbt.

Herr Liebknecht vertraut, daß die Fortschritte der Technik und der Wissenschaft durch neue Erfindungen der Sozialdemokratie zu Hilfe kommen und ihr die Bausteine zu ihrem Zukunftsstaat liefern würde. Glaubt denn Herr Liebknecht, daß man auch andere Menschen erfinden könne, und daß die Technik und die Wissenschaft einmal auch die Natur des Menschen umkehren werde? Nicht auf den Menschen, wie sie sind, sondern auf Menschen der Einbildung, der Phantasie, beruht der sozialdemokratische Zukunftsstaat. Er nimmt dem Menschen jedes persönliche Interesse, vorwärts zu kommen und damit durch Vervollkommnung seiner eigenen Thätigkeit auch der Gesamtheit zu nützen. Die Sozialdemokratie zerstört jedes persönliche Interesse an der Ansammlung von Kapital und an der richtigen Leitung von Unternehmungen, in dem Vertrauen darauf, daß die allgemeine sozialdemokratische Begeisterung, sich als eine stärkere Triebkraft erweisen werde, als dieses persönliche Interesse. Der einzelne Mensch hört in der sozialdemokratischen Zukunft überhaupt auf, ein selbständiges Wesen zu sein; er wird nur ein Stift in einer großen Produktions- und Konsumtionsmaschine.

Es kann sich allerdings bei den weiteren Darlegungen des sozialdemokratischen Programms nicht darum handeln, beliebige Detailfragen des künftigen sozialdemokratischen Staates zu erörtern. Es kommt für uns hier lediglich darauf an, dasjenige klar zu stellen, was die Sozialdemokraten in logischer Folge ihres eigenen anerkannten Programms wollen und anstreben müssen. Es handelt sich also bei unseren Auslegungen immer noch um die denkbar vernünftigste Formulierung des sozialdemokratischen Prinzips, um die logisch strengsten Folgerungen aus den eigenen positiven Hauptsätzen der Sozialdemokratie. Jeder denkfähige Mensch vermag dieser Darstellung zu folgen, aber nicht jeder, der fähig ist, zu denken, hat auch den Willen, zu denken;

er wiegt sich lieber in Träumereien und Phantastereien. Auf solche Träumer und Phantasten spekuliert die Sozialdemokratie, und deshalb ist es ihr in der Seele verhaßt, sich beim Worte genommen und zu logischen Darlegungen gezwungen zu sehen. Aber es wird ihr alles nichts helfen, sie wird Rede stehen müssen oder sie muß den ersten Teil ihres Programms aufgeben.

Um dabei allen Einwendungen möglichst zu begegnen, halten wir uns, außer an das Programm selbst, vorzugsweise an dasjenige, was Bebel, namentlich in seinem Buch über „Die Frau in der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft“, über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat enthüllt hat. Das Buch ist zuerst 1883 in Zürich in der Druckerei der Partei erschienen und dann gleich nach seinem Erscheinen in Deutschland verboten worden; insolge dessen ist es weniger bekannt geworden. Bebel darf mit Recht als der erste Führer der sozialdemokratischen Partei angesehen werden. Seine Ausführungen befinden sich auch in der Hauptsache überall im Einklange mit den gelegentlichen Darlegungen anderer Sozialistenführer über den Zukunftsstaat in Reden und Broschüren. Außerdem halten wir es für zweckmäßig, mehrfach noch Bezug zu nehmen auf den amerikanischen Roman „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887“ von Edward Bellamy. (Deutsche Uebersetzung von Gizycki. Nr. 2661 und 2662 in der Neffam'schen Sammlung. Preis 40 Pfennig). Der Roman ist in Amerika schon in einer Auflage von 300 000 erschienen und auch in Deutschland in der Uebersetzung bereits massenhaft verbreitet. Die Sozialdemokraten lassen diesen Roman für sich Propaganda machen. In dem Roman werden die Eindrücke geschildert, die ein im Jahre 1887 in magnetischen Schlaf versenkter Bostoner im Jahre 2000 von dem inzwischen hergestellten sozialdemokratischen Staat empfängt, nachdem er in seinem 1887 erschütteten unterirdischen Gemach wieder aufgefunden und in das Leben zurückgerufen worden ist. Die Schilderungen der sozialdemokratischen Einrichtungen in Boston sind recht anschaulich und werden in unterhaltender Form mit einem Roman verschlungen, den der in das Jahr 2000 verschlagene Julian West mit einer Urenkelin seiner Braut aus dem Jahre 1887 anknüpft.

Wo die Schilderungen aus diesem Roman sich im Widerspruch befinden mit den Bebel'schen Darlegungen und dem sozialdemokratischen Programm, werden wir ausdrücklich darauf hinweisen.

Die nachstehenden Darlegungen sind Uebearbeitungen von Skizzen, welche unmittelbar nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes über die „sozialdemokratischen Irrlehren“ in der „Freisinnigen Zeitung“ erschienen sind. Die sozialdemokratische Presse hat diese Skizzen zuerst geglaubt, verächtlich übersehen zu können. Dann aber, als sie das Interesse gewahr wurde, welches diese Skizzen in weiten Kreisen erregten, versuchte sie durch allerlei Wortklaubereien die Richtigkeit der Wiedergabe der sozialdemokratischen Ziele zu bemängeln; als dies auch nicht verfrucht wurde dem Verfasser eine Flut von Schimpfworten in dem anerkannten Hauptorgan der sozialdemokratischen Partei, im „Berliner Volksblatt“, und anderen sozialdemokratischen Blättern zu teil. „Narren“, „krasse Ignoranten“, „dogmatische Dickköpfe“, „Idioten“, „Petrefakten“, „Museum für Antiquitäten“, „Altweibermärchen“, „böhmische Dörfer“,

„hinter's Ohr schreiben“, „Falstaff“, „phrasengeschwollener Molch“,*) waren die Ausdrücke, in denen die sozialdemokratische Presse ihrer Wut und ihrem Aerger über diese Ausführungen Ausdruck gab. Alles dies verstärkt nur den Eindruck einer jammervollen Hilfslosigkeit der Sozialdemokratie, sobald sie sich einer Kritik ihres eigentlichen Programms gegenüber befindet. Gern ist deshalb dem mehrfach geäußerten Wunsch entsprochen worden, eine Kritik der sozialdemokratischen Irrlehren auch in Form einer Broschüre wie der vorliegenden zu verbreiten.

3. Die Konfiskation des Privatvermögens.

Der Kernpunkt des Programms ist die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft. Gesellschaft ist hier, wie bereits erörtert, nur ein beschönigender Ausdruck für Staatsgewalt. Alle Arbeitsmittel sollen also verstaatlicht werden. Was sind Arbeitsmittel? Debel erläutert in seinem Buch über die „Frau“ Seite 148 dies dahin, daß Grund und Boden, Maschinen, Werkzeuge, Verkehrsmittel und Nahrungsmittel durch eine große Konfiskation aus dem Privateigentum in Staatseigentum verwandelt werden sollen**).

Freilich leugnen die Sozialdemokraten auf scharfe Fragen oft, daß sie das Privateigentum aufheben wollen. Was aber wollen sie denn eigentlich dem privaten Eigentum hiernach belassen? Mit dem Grund und Boden fällt doch auch das Privateigentum an den Häusern. Auch das Vieh gehört zu den Produktionsmitteln, welche zu verstaatlichen sind. Ebenfalls wollen die Sozialdemokraten alle Forderungen an Grund und Boden und an den Staat, überhaupt alle Schuldforderungen auslöschen. Auch das Eigentum an sogenannten Effekten, Sparkasseneinlagen wird aufgehoben. Ueber alle Schuldforderungen fährt ein großer Schwamm hinweg, insbesondere auch über die Staatsschulden. Als Gegenstand eines Privateigentums könnte deshalb in der sozialdemokratischen Weltordnung nur das Hausgerät in Frage kommen. Debel schreibt ausdrücklich, daß „es in der neuen Gesellschaft nichts zu vererben gebe, es sei denn, daß man etwa das Hausgerät als besonders wichtiges Erbteil ansehe.“ Indessen soll

*) Ein sozialdemokratisches Blatt, die „Märkische Volksstimme“ in Frankfurt a. d. Oder, fühlt sich freilich gedrungen, anzuerkennen, daß Herr Eugen Richter „ein tüchtiger, echt plebejischer, leistungsfähiger Arbeiter“ sei. Wegen dieses mitdernden Umstandes glaubt das sozialdemokratische Blatt Herrn Eugen Richter als Verfasser für Artikel der „Freisinnigen Zeitung“ die Wahl lassen zu müssen, ob er sich mehr der einen „perfiden Wortverdreher und Fälscher“ erklären oder zugeben wolle, daß „er dümmere sei, wie man gemeiniglich annimmt.“

**) Debel äußerte am 16. September 1878 bei Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstage (Stenogr. Ber. S. 40): „Meine Herren, man greift uns an und wirft uns vor, wir wollten das Eigentum aufheben. Diese Behauptung ist insofern richtig, als wir die heutige Form des Privateigentums an den Produktionsinstrumenten und Arbeitsmitteln und am Grund und Boden aufheben wollen. (Aha! rechts. Sehr wahr! links.) Ei! meine Herren von der Rechten, das ist eine Thatsache, die wir nie bestritten oder geleugnet haben; und ich begreife nicht, warum Sie darüber lachen und Aha! rufen. Das ist durchaus nichts Neues. Das steht ja auch in den Motiven des vorliegenden Gesetzentwurfs; und in diesem Punkte haben die Motive Recht!“

sich nach der sozialdemokratischen Weltordnung das Hausgerät auch erheblich vereinfachen, da, wie Bebel ausführt, Zentralnahrungs-Bereitungsanstalten, Zentralreinigungsanstalten, Zentralanstalten für Beleuchtung und Heizung u. s. w. anstelle der entsprechenden Besorgung in den Privathaushaltungen treten werden. Von der allgemeinen Konfiskation würde also nach Bebel höchstens verschont werden dasjenige Hausgerät, welches beispielsweise der Einzelne auch in einem Hôtel garni oder einem Chambre garnie für sein Zimmer in Anspruch nehmen muß. Dazu käme dann das Eigentum an der eigenen Bekleidung und den täglichen Verpflegungsportionen nach der Ausgabe und vor dem Verzehr derselben (ähnlich wie auch der Soldat in der Kaserne in seinem besonderen Schränkchen sich eine Wurst aufsparen kann).

Schon die Programmforderung der sozialen Gleichheit verbietet, daß auch nur das lediglich der Konsumtion dienende Privatvermögen über das notwendigste Gerät für die Schlafstelle einer einzelnen Person hinausgehen darf. Denn wie Bebel Seite 186 ausführt, soll „das häusliche Leben sich auf das Nötendigste beschränken,“ Hausgerät für Kinder und Diensthboten kann auch nicht in Betracht kommen, da die Kinder in Staatsanstalten erzogen werden und Diensthboten es nicht mehr geben wird, wie wir demnächst ausführen werden.

Zunächst kommt es den Sozialdemokraten also darauf an, das vorhandene Privatvermögen, soweit es nicht zu den vorstehend geschilderten Ausnahmen gehört, zu verstaatlichen, weiterhin muß die sozialdemokratische Weltordnung darauf gerichtet sein, die neue Ansammlung von Privatvermögen über die erwähnten Gegenstände hinaus zu verhüten.

Wie vollzieht sich nun die große Vermögenskonfiskation, welche Bebel S. 150 bezeichnet als „die sittlich reinste und großartigste Maßregel, welche die menschliche Gesellschaft je getroffen hat?“ Um den Gewaltakt zu rechtfertigen, beruft sich Bebel darauf, daß im Mittelalter Fürsten und Abtliche sich widerrechtlich Grundeigentum angeeignet und daß die Sklaven in Amerika ohne Entschädigung freigegeben worden seien. Hier handelt es sich aber nicht um das Eigentum an Menschen, sondern um dasjenige an Sachen, nicht um Eigentum, das durch Raub und Gewalt entstanden ist (der aus dem Mittelalter überkommene Kapitalwert ist überhaupt von verschwindender Bedeutung, verglichen mit dem heute vorhandenen Kapitalwert), sondern um Kapital, das entweder entstanden ist aus der Arbeit oder den Unternehmungen des Besitzers oder im Falle der Vererbung, Verschenkung oder des Zinsgewinnes durch die Enthaltksamkeit des Besitzers in der Aufzehrung.

Ohne Entschädigung soll diese Konfiskation vollzogen werden. Bebel widmet der Entschädigungsfrage in seinem Buch über die Frau überhaupt keine Erörterung. In der That folgt auch die Konfiskation ohne Entschädigung mit logischer Notwendigkeit aus dem sozialdemokratischen Programm*). Denn eine Entschädigung, etwa wie bei der

*) In seiner 1877 erschienenen Broschüre „Unsere Ziele“ bemerkt Bebel S. 43: „Zwei Wege giebt es nur, unser Ziel zu erreichen. Der eine ist nach Herstellung des demokratischen Staats die allmähliche Verdrängung der Privatunternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die beteiligten Kreise gegen welche die sozialistische Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangten und

Eisenbahnverstaatlichung durch Aushändigung von Staatschuldscheinen an die Aktionäre, würde ja gleichbedeutend sein mit der Zulassung einer der sozialen Gleichheit widersprechenden Extraportion an dem künftigen Arbeitsertrag der Gesamtheit, welche gegen Vorzeigung der Zinsupons zu verabsolgen wäre. Es würde die Vorenthaltung des „gleichen Rechts“ an dem Arbeitsertrag bedeuten, die Fortsetzung der „Ausbeutung“ des Arbeiters durch eine „Kapitalistenklasse“ von Staatsgläubigern.

Es macht dem guten Herzen des sozialdemokratischen Abg. Frohme mehr Ehre als seinem logischen Denken, wenn er in seinem Buch über „die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse“ (Vockenheim 1883) zwar um „dem entsetzlichen Unfug des Privatkapitals“ ein Ende zu machen „das Zinsnehmen und Zinsgeben radikal ausschließen“ will, aber doch das vorhandene Privateigentum „in Gestalt einer Genusmittelrente“ ablösen will. Entweder würde diese „Genusmittelrente“ vererblich übertragbar sein und in diesem Falle nur eine Hintertür öffnen, um mit der „sozialen Ungleichheit“ auch wieder „die Kapitalistenklasse“ und „die Ausbeutung“ in jeder Gestalt zurückzuführen, oder es ist bei der „Genusmittelrente“ nur darauf abgesehen, wie Schaffle in seiner „Quintessenz des Sozialismus“ meint, die gegenwärtig lebenden Eigentümer in einem „Reichtum von Genusmitteln zu ersticken“, was dann wieder bis zum Aussterben des letzten Privateigentümers die Verteilung des Arbeitsertrages „nach gleichem Recht jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen“ suspendieren würde. Indes steht ja Herr Frohme in dem erwähnten Buche auch noch auf dem jetzt von allen Sozialdemokraten überwundenen Standpunkt des Übergangszustandes zum Sozialistenstaat vermittelt der Produktivassoziationen mit Staatshilfe nach Ferdinand Lassalle's Rezept. Inzwischen hat wohl Herr Frohme mit diesem schwächlichen Sozialismus von Lassalle auch die „Genusmittelrente“ aufgegeben.

Andere sozialdemokratische Schriftsteller versuchen die nackte Brutalität der Gewalt und des Rechtsbruchs bei einer Konfiskation des Privatvermögens zu verschleiern, indem sie vorschlagen, das Privateigentum auf einem Umwege zuvor zu entwerten durch Vorenthaltung von Arbeitskräften zur Produktion, was die Besitzer nötigen werde, dasselbe freiwillig preiszugeben. Auch könne man ja durch übermächtige Konkurrenz von Staatsbetrieben jeden Privatbetrieb tot machen und was dergleichen menschenfreundliche Ratschläge mehr sind.

auf dem Wege des Kronpromisses ihren Untergang als exploitierende Kreise und ihren Eingang als Gleiche in die Gesamtheit zu bewerkstelligen suchen. Der andere ent-schieden kürzere, aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltsame Expropriation, die Beseitigung der Privatunternehmer mit einem Schläge, einerlei durch welche Mittel. In Bezug auf die Anwendung der Gewalt fügt Bebel noch Seite 44 hinzu: „Man“ entsetze sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zeterere nicht über die Unterdrückung „berechtigter Existenzen“, gewaltsame Expropriation und dergleichen. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel nur durch gewaltsamen Kampf mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödlich als möglich zu treffen suchten. Wohl nicht mit Unrecht ruft Karl Marx in seinem Buch „Das Kapital“: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht; sie ist selbst eine ökonomische Potenz.“

Die Sozialdemokraten stellen es so dar, als ob nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung Privateigentum besitze, was über eigene Kleider und das notwendigste Hausgerät hinausgeht. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Nach der amtlichen Statistik ist in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Handel zusammengenommen schon die Zahl derjenigen Personen, welche einen selbständigen Betrieb ausüben, unter Hinzurechnung der Angehörigen nahezu ebenso groß, wie die Zahl der Gehilfen und Arbeiter in der Landwirtschaft, der Industrie und dem Handel mit Hinzurechnung ihrer Angehörigen. Wer einen Betrieb selbständig führt, hat aber auch irgend welche Arbeitsmittel, Instrumente, Werkzeuge, Maschinen, Vorräte in Privateigentum. Jeder dieser Selbständigen würde also durch die sozialdemokratische Expropriation geschädigt werden. Aber es wäre ein Irrtum, auch nur die unselbständigen Gehilfen und Arbeiter als vermögenslos darzustellen. Viele derselben sind nebenbei sogar Grundeigentümer, besitzen ein Wohnhaus oder treiben etwas Landwirtschaft. Es giebt überhaupt in Deutschland nach der Zählung von 1885 bei einer Bevölkerung von 46 840 906 Köpfen 9 999 558 Haushaltungen. Nun ergibt aber die amtliche Aufnahme von 1882, daß damals vorhanden waren landwirtschaftliche Betriebe im Umfange von weniger als 1 Hektar 2323316, darunter 1572533 mit Nutztviehhaltung, und landwirtschaftliche Betriebe im Umfange von 1 bis 10 Hektaren 2274096. Ganz überwiegend wurden diese Betriebe von den Eigentümern des Bodens geführt, denn unter den Betrieben bis zu 2 Hektaren waren in Preußen nur 16 Prozent Pachtbetriebe und unter den Betrieben von 2 bis 5 Hektaren waren sogar nur 4,51 Prozent Pachtbetriebe. Den Eigentümern dieser Parzellen und den Kleinbauern würde die sozialdemokratische Konfiskation Grund und Boden, Vieh und Vorräte ohne Entschädigung abnehmen. Es gab im Jahre 1882 981436 Tagelöhner, welche nebenbei selbständig einen landwirtschaftlichen Betrieb führten. Auch diese Tagelöhner würden durch die sozialdemokratische Weltordnung beraubt werden. In der Industrie giebt es 1861502 Selbständige für eigene Rechnung mit 4141347 Angehörigen. Auch gegen alle diese würde sich die sozialdemokratische Konfiskation richten.

Aber selbst diejenigen Gehilfen, Tagelöhner und Lohnarbeiter, welche kein eigenes Haus oder Geschäft, keine Garten- oder Ackerparzelle besitzen, sind zu einem großen Teile im Besitz von Sparkassenguthaben oder sonstigen Wertpapieren. Der Bestand an Sparkasseneinlagen in Deutschland ist auf 4 bis 5 Milliarden zu schätzen, welche sich auf 7 bis 8 Millionen Konten verteilen. In Preußen kamen durchschnittlich auf die Sparkasseneinlage 1886 552 Mk., das ist 86,50 Mk. auf den Kopf der Gesamtbevölkerung. Die Hälfte des Bestandes der Sparkassen war erst in den letzten 10 Jahren hinkugekommen. Der bei weitem größte Teil der Sparkasseneinlagen gehört einfachen Arbeitern. Auch alle diese würden durch die sozialdemokratische Konfiskation beraubt werden. Milliarden von Ersparnissen der Arbeiter sind in privaten Sparkassen, z. B. bei Vorschußvereinen, Volksbanken, Konsumvereinen oder in Staats- und Kommunalpapieren und selbst in Aktien angelegt. Sonderbarer Weise meint das sozialistische „Hamburger Echo“ in einer Polemik gegen die „Freisinnige Zeitung“, daß die Spar-

pfennige der Arbeiter nicht verstaatlicht werden sollen, weil sie nicht zu den Produktionsmitteln gehörten. Die Spareinlagen sind bekanntlich hauptsächlich angelegt in Hypotheken und Inhaberpapieren. Die Zinsrente aber wird, wie selbst der gemäßigste Abg. Frohme ausführt, (siehe oben) „radikal beseitigt“. Hypothekenbriefe, Inhaberpapiere und Sparkassenbücher, welche keine Zinsen mehr tragen, haben nur noch den Gebrauchswert von Makulatur. Es ist freilich verständlich, daß die Sozialdemokraten es den Millionen Besitzern von Sparkassenbüchern verheimlichen möchten, daß der sozialdemokratische Staat auf Konfiskation auch ihres Vermögens ausgeht.

Das sozialdemokratische Programm bezeichnet die Arbeit als die Quelle des Reichtums. Wodurch anders wie durch Arbeit aber sind diese Sparkassenmilliarden entstanden? Die Einleger haben länger oder geschickter gearbeitet als andere, oder sie haben sich weniger Lebensgenuß gegönnt und dadurch etwas erübrigt. Wie ist denn überhaupt das Kapital anders entstanden als dadurch, daß das Produkt der Arbeit nicht unmittelbar verzehrt, sondern aufgesammelt wurde als Hilfsmittel für spätere Produktion oder Konsumtion? Würde dieser Prozeß der Ansammlung von Kapital durch Arbeit und Einschränkung im Verzehr auch nur zeitweilig unterbrochen aus Furcht vor einer Verwirklichung der sozialdemokratischen Weltordnung, so würde das ganze wirtschaftliche Leben sofort zerrüttet werden, noch ehe die sozialdemokratische Weltordnung sich verwirklichen könnte. Wer etwas besitzt, würde den Besitz verfallen lassen oder aufzuzehren suchen. Das Kapital ist keine feste gegebene Größe, sondern bedarf einer beständigen Erneuerung und Vermehrung. Die Sozialdemokraten freilich stellen es fast so dar, als ob Kapital nur mühelos durch einzelne Glückszufälle, besondere Erbschaften oder große Geschäftsgewinne erworben würde und als ob das ganze Kapital, das sich im Besitz der Millionäre befindet, den erheblichsten Teil des Gesamtkapitals ausmache, während das Gegenteil der Fall ist.

4. Was bei der Ertragsteilung herauskommt.

Nachdem die große Konfiskation des Privatvermögens vollzogen ist, folgt im sozialdemokratischen Staat laut Programm „die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages“. Gerecht aber ist nach demselben Programm, welches alle soziale und politische Ungleichheit beseitigen will, nur die gleiche Verteilung des Arbeitsertrages. Diese Teilung ist in der Tat das Hauptlösmittel der Sozialdemokraten. Sie versprechen zwar noch darüber hinaus, daß der zur Verteilung kommende Gesamtertrag infolge der neuen sozialdemokratischen Organisation der Produktion ungleich größer ausfallen werde, als der jetzige Gesamtertrag der Volkswirtschaft. Indessen haben solche Probleme einer Ertragssteigerung weit weniger Anziehungskraft, je zweifelhafter sie auch dem einfachsten Verstande vorkommen müssen. Weit handgreiflicher erscheint allerdings der Vorteil, welcher aus der Teilung des Arbeitsertrages nach

Köpfen zu gleichen Teilen erwachsen soll. Der gedankenlose Zuhörer nimmt sich dabei irgend einen reichen Mann aufs Korn und stellt sich vor, wie vorteilhaft es sein würde, wenn derselbe künftig mit ihm zu teilen haben werde.

Die Sozialdemokraten freilich verwahren sich heftig, daß sie eine „Teilerlei“ beabsichtigen. Das sei ein vorsintflutlicher, längst widerlegter Irrtum. Niemals habe eine Teilung des Besitzes auf dem sozialdemokratischen Programm gestanden. Dies ist richtig; von einer Teilung des Besitzes aber ist hier auch gar nicht die Rede, sondern von einer Teilung des Ertrags, des Gesamtertrags der Arbeit, nachdem zuvor alles Kapital verstaatlicht worden ist. Diese Teilung des Ertrags ist aber noch weit verwerflicher, als die Teilung des Besitzes. Denn letztere wäre nur ein einmaliges, allerdings kolossales Unrecht, die Teilung des Ertrags aber ist ein fortgesetztes Unrecht. Nach einer einmaligen Teilung des Besitzes könnte wenigstens für die Folgezeit das verschiedene Maß wirtschaftlicher Geschicklichkeit, des Fleißes und der Umsicht, sowie der Sparsamkeit wieder zu seinem Recht kommen, während bei der fortgesetzten gleichen Teilung des Ertrags andauernd die größere Geschicklichkeit, der größere Fleiß und die größere Sparsamkeit ausgebeutet wird zu Gunsten des in allen diesen wirtschaftlichen Eigenschaften Nachstehenden.

Das verlockende Bild der gleichen Teilung des Ertrags der Arbeit verschwindet aber sofort, wenn man ausrechnet, was denn bei dieser Teilung eigentlich herauskommt, vorausgesetzt, daß die sozialdemokratische Organisation der Arbeit den Gesamtertrag im Vergleiche zu der jetzigen gesellschaftlichen Ordnung wenigstens nicht vermindert, was wir allerdings nur zum Zwecke dieser Berechnung zugeben können.

Wie groß ist gegenwärtig das gesamte Privateinkommen? Für Deutschland kann die Rechnung nicht leicht aufgemacht werden, wohl aber an der Hand der preussischen Klassensteuer und Einkommensteuer für Preußen. Da Preußen sich aber auf die verschiedensten Teile von Deutschland erstreckt, so würde die Rechnung für Deutschland auch kaum anders ausfallen als jetzt für Preußen. Die preussischen Steuerrollen für die Klassensteuer und Einkommensteuer wiesen im Jahre 1889/90 eine Bevölkerung von 28 704 639 Köpfen nach.

Von diesen sind aber mehr als $\frac{3}{4}$, nämlich 22 227 983 steuerfrei, weil sie entweder gar kein Einkommen beziehen oder nur ein Einkommen unter 900 Mk.; hierunter sind 13 801 194 Personen mit einem Einkommen von 420 bis 900 Mk. und 8 420 789 Personen mit einem Einkommen unter 420 Mk. Nach Abzug der Frauen und Kinder, welche ein selbständiges Einkommen nicht besitzen, ergibt sich, daß im Falle einer Steuerpflicht dieser Personen die Steuer 8 261 810 Personen mit einem selbständigen Einkommen, also Haushaltungsvorstände oder Einzelsteuerende, treffen würde.

Wir glauben nicht zu niedrig, sondern eher zu hoch zu veranschlagen, wenn wir das Durchschnittseinkommen dieser Personen mit einem Einkommen unter 900 Mk. auf 500 Mk. beziffern. Alsdann hat der steuerfreie Teil der Bevölkerung in Preußen ein Gesamteinkommen von 4130 Millionen Mark.

Einfacher zu berechnen ist das Einkommen der Klassensteuerpflichtigen und der Einkommensteuerpflichtigen, indem man den Durchschnittsbetrag des Einkommens in den einzelnen Klassen vervielfacht mit der Zahl der Steuerpflichtigen dieser Klasse. Alsdann ergibt sich ein Gesamteinkommen der Klassensteuerpflichtigen und Einkommensteuerpflichtigen von 3794 Millionen Mark. Nun wird allerdings vielfach behauptet, daß für die Einkommensteuer das steuerpflichtige Einkommen zu niedrig veranlagt sei. Wir wollen darüber nicht streiten, sondern ohne Präjudiz annehmen, daß eine rigorose Veranlagung im Ganzen noch ein Mehreinkommen von 500 Millionen Mark ergeben würde. Nach dieser Rechnung ergibt sich dann ein Gesamteinkommen aller Privaten für Preußen von 8424 Millionen Mark.

Nun wäre es aber ein Irrtum, zu glauben, daß dieses gesamte jetzige Privateinkommen, welches also außer dem Arbeitseinkommen und dem Unternehmergeinn auch das Einkommen aus Zinsrenten und Grundrenten umfaßt, im sozialdemokratischen Staat zur Verteilung gelangen könnte. Es heißt im sozialdemokratischen Programm, daß „gemeinnützige Verwendung und gerechte Verteilung des Arbeitsertrages“ stattfinden soll. Erst nach Abzug dessen, was zur „gemeinnützigen Verwendung“ bestimmt ist, kann also von einer Teilung unter die Einzelnen die Rede sein. Indeß wollen wir zunächst von den sehr großen Abzügen zur „gemeinnützigen Verwendung“, welche gerade die sozialdemokratische Organisation notwendig macht, und die sich mindestens auf 1000 Millionen Mk. jährlich für Preußen belaufen müßten, hier noch absehen und zum Vorteil der sozialdemokratischen Rechnung annehmen, daß jene 8424 Millionen Mk. ganz zur Verteilung an die Einzelnen gelangen könnten, was selbst nach dem sozialdemokratischen Programm ausgeschlossen ist.

Die Zahl der Personen, welche als Haushaltungsvorstände oder als Einzelne ein selbständiges Einkommen in Preußen beziehen, beträgt 10 Millionen. Hieraus ergibt sich, daß, wenn in Preußen alles Einkommen gleichmäßig verteilt wird unter allen Haushaltungen und jetzigen Empfängern eines selbständigen Einkommens, das jährliche Einkommen sich auf nur 842 Mk. belaufen würde.

Ein Jahreseinkommen von 842 Mk. würde also unter der sozialdemokratischen Weltordnung nach der Konfiskation des gesamten Privatvermögens herauskommen, d. h. mit andern Worten, unter der sozialdemokratischen Weltordnung würden bei gleicher Verteilung des Einkommens sehr viele sozialdemokratische Arbeiter in den Großstädten, den jetzigen Hauptsitzen der Sozialdemokratie, durchweg ein geringeres Einkommen erhalten, als sie zur Zeit unter dem „Ausbeutungssystem“ beziehen; denn ein Jahreseinkommen von 842 Mk. ergibt noch nicht einmal einen Tagelohn von 3 Mk.

Die sozialdemokratischen Maurergesellen in Berlin haben 1889 wochenlang gestreikt, weil ihnen ein Tagesverdienst von 5 Mk. zu gering war. Diese Maurergesellen würden also beispielsweise unter der sozialdemokratischen Weltordnung noch 2 Mk. täglich von ihrem jetzigen Einkommen einbüßen. Gewinnen würden dabei nicht die gewerblichen

Arbeiter in den großen Städten und den Mittelpunkten der Industrie, sondern nur die Arbeiter, Tagelöhner und kleinen Leute verschiedenster Art auf dem Lande und in kleineren Orten.

Der Durchschnittslohn der gewerblichen Arbeiter, welche dem Unfallversicherungszwang unterliegen, wurde amtlich im Jahre 1889 auf 612 Mk. ermittelt. Dabei werden aber die über den Betrag von 4 Mk. hinausgehenden Teile des Lohnes nur mit einem Drittel veranschlagt. Nimmt man daher an, daß der Durchschnittslohn der gewerblichen Arbeiter gegenwärtig 642 Mk. beträgt, so ergibt sich für den gewerblichen Arbeiter im Durchschnitt nach der großen sozialdemokratischen Vermögenskonfiskation, der Abschaffung des Unternehmergewinns, der Zinsrente und der Grundrente ein Mehreinkommen von jährlich 200 Mk., das sind wöchentlich noch nicht vier Mark oder täglich noch nicht 60 Pfennige. Das ist ein Betrag, um welchen es sich für viele Arbeiterklassen nicht einmal lohnt, einen Streik anzufangen. Bei den Unterbeamten im Reich und im Staate hat die letzte Gehaltsaufbesserung teilweise mehr als 200 Mk. betragen. Alle Unterbeamten ohne Ausnahme würden sich ganz gewaltig verschlechtern, wenn nach der sozialdemokratischen Teilung ihr Dienst Einkommen auf durchschnittlich 842 Mk. heruntergedrückt würde.

Und wegen 200 Mk. mehr oder weniger jährlich für den Durchschnitt der Bevölkerung Räuber und Mörder, Umsturz aller bestehenden Ordnung! Es wird eben stets übersehen, daß die Zahl der Reichen eine sehr kleine und die Zahl der Armeren eine sehr große ist, und deshalb der Kommunismus mit gleicher Teilung des Arbeitsertrages selbst nach sozialdemokratischer Rechnung die Durchschnittslage nur wenig verbessert. Nach dem Ergebnis der preussischen Steuereinschätzung zahlen 77,42 pSt. der Bevölkerung überhaupt keine Steuer, weil das Einkommen weniger beträgt als 900 Mk.; die Zahl der Einkommensteuerspflichtigen, d. h. derjenigen, welche ein Einkommen von mehr als 3000 Mk. beziehen, beträgt andererseits nur 2,81 pSt. der Bevölkerung.

Vorstehende Rechnung ist, als sie in der „Freisinnigen Zeitung“ aufgemacht wurde, natürlich von der sozialdemokratischen Presse mit höhnischen Redensarten und Schimpfwörtern aufgenommen worden. Man hat auch allerlei Wortklaubereien und Rabulistereien versucht, der Rechnung anderes untergelegt, als was sie darthun sollte, aber nichts Stichhaltiges einzuwenden vermocht. Das sozialdemokratische Organ in Hamburg, das „Hamburger Echo“ meint, vergessen seien in der Rechnung die vielen großen Ueberschüsse der Staatseisenbahnen, Bergwerksbetriebe, Domänen. — Diese gehören aber doch nicht zu dem Privateinkommen und müssen im sozialdemokratischen Staat ebenso im Interesse der Gesamtheit verwendet werden wie gegenwärtig. Soweit dieselben jetzt zur Deckung von Zinsen der Staatsschulden dienen, ist das daraus fließende Privateinkommen natürlich in obiger Rechnung mit enthalten. Vergessen seien ferner, so schreibt das „Hamburger Echo“, die steuerfreien Einkommen der Reichsunmittelbaren. — So ungerecht diese Steuerfreiheiten nun auch sind, von so minimaler Bedeutung ist doch andererseits dieses Einkommen, verglichen mit dem Gesamteinkommen des Volkes. Bei 10 Millionen Teilnehmern an dem Gesamteinkommen würde sich auch bei besonderer Zurechnung dieser

Einkommen die Quote für den Einzelnen darum doch kaum um 2 Mark erhöhen. Dergleichen Rechnungen sind überschläglich. Man kann statt 842 Mk. vielleicht 850 oder 830 Mk. herausrechnen. Dies ändert nichts an dem Gesamtergebnis, daß die Größe des Renteneinkommens und des Unternehmergewinns im Verhältnis zum Gesamteinkommen des Volkes ganz außerordentlich überschätzt und die Vorstellungen über das Durchschnittseinkommen der Haushaltungen irreführend werden, dadurch daß man außer acht läßt, wie wenig reiche Leute eigentlich der großen Menge von Personen mit geringem Einkommen gegenüberstehen.

Die Summe von 842 Mk. kann, wie nochmals hervorgehoben werden muß, auch durchaus noch nicht dem Einzelnen bei gleicher Ertragsteilung im sozialdemokratischen Staat in Aussicht gestellt werden, weil von dem der Rechnung zu grunde liegenden Gesamteinkommen von 8 424 Millionen noch nichts zu den programmäßig vorgeschriebenen „gemeinnützigen Verwendungen“ in Abzug gebracht worden ist.

5. Die künftige Kapitalbildung.

Das vorhandene Kapital kann man durch einen brutalen Gewaltakt allerdings seinen Eigentümern konfiszieren und zum Staatseigentum erklären, nicht aber kann neues Kapital durch einen formalen Akt der Staatsgewalt geschaffen werden. Auch der sozialdemokratische Staat kann aber der neuen Kapitalbildung nicht entbehren. Verarbeitete Vorräte von Rohstoffen und Hilfsstoffen müssen erneuert werden. Das stehende Kapital nutzt sich ab und wird mitunter infolge Veränderung des Gebrauchswertes auch vor der Abnutzung ganz und gar wertlos. Auch die sozialdemokratischen Bilanzen ergeben daher erst einen Reingewinn nach entsprechenden Abschreibungen. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß das Uebrigbleibende nun ebenso wie in der heutigen Gesellschaftsordnung zur Verteilung gelangen könnte. Da die Privaten nicht mehr in der Lage sind, zu sparen, so muß der Staat selbst neues Kapital erübrigen. Wenn die Eltern durch Vererbung die Zukunft ihrer Kinder nicht mehr ausstatten können, so muß der Staat selbst für die Kapitalausstattung neuer Generationen sorgen. Der sozialistische Staat kann dies aber nur, indem er von dem Reinertrag, anstatt denselben unter die Konsumenten zu verteilen, vorab einen entsprechenden Teil zurückbehält und selbst kapitalisiert. Deshalb ist auch die Rechnung nicht einmal zutreffend, daß der sozialdemokratische Staat nach Konfiskation alles Privatvermögens in der Lage wäre, der einzelnen Haushaltung und denjenigen, welche jetzt ein selbständiges Einkommen beziehen, aus dem Gesamteinkommen ein Einkommen von durchschnittlich 842 Mk. zuzusichern. Hierbei war von uns noch nicht in Rechnung gestellt dasjenige, was der Staat vorweg für neue Kapitalbildung von den 842 Mk. in Abzug bringen muß.

Machen wir uns dies an einem Beispiel klar! Der preussische Staatshaushaltsetat hat für 1890/91 einmalige Ausgaben vorgesehen zur Ergänzung und Vervollkommnung des Staatseisenbahnwesens im Betrage von 200 Millionen Mark. Die dazu erforderlichen Geldmittel

solten durch Anleihe aufgebracht werden und sind teilweise soeben durch Herausgabe von dreiprozentigen Konsols beschafft. Solche Unterbringung ist aber in der sozialdemokratischen Weltordnung unmöglich. Es giebt dort keine Staatspapiere, keine Kupons, keine Zinsen und auch keine Privatkapitalisten, welche das Geld hergeben können.

Der sozialdemokratische Staat muß also, da die Sozialdemokraten die Bervollständigung des Eisenbahnwesens gewiß nicht werden missen wollen, den in Preußen vorhandenen 10 Millionen Haushaltungen u. s. w. je 20 Mark von dem von uns ermittelten Normaleinkommen von 842 Mark abziehen, um die erforderlichen 200 Millionen zu erübrigen. Wir bemerken, daß es sich bei diesem Aufwand von 200 Millionen nicht um den Erwerb von Grundeigentum handelt; denn in diesem Falle würde der sozialdemokratische Staat allerdings nichts zu bezahlen haben, da er ja schon vorher alles Grundeigentum expropriert hat. Schon die Ausstattung des Staatseisenbahnwesens vermindert also das Jahreseinkommen um 20 Mark. Dabei ist ein solcher Aufwand von 200 Millionen für Eisenbahnzwecke nichts Ungewöhnliches. Das Anlagekapital der deutschen Eisenbahnen beträgt gegenwärtig 10 000 Millionen. Dieses Kapital ist fast ausschließlich beschafft worden durch Ausgabe von Aktien und Obligationen. Allein auf die letzten 22 Jahre fällt ein neues Anlagekapital von 7700 Millionen Mark, also von jährlich durchschnittlich 350 Millionen.

Ebenso wie für Eisenbahnbauten nehmen die Staaten auch Geld auf für Wasserbauten, Kanäle (Nord-Ostseeanal) u. dergl., der Militäranleihen gar nicht zu gedenken. Wie mit den Staatsanleihen ist es mit den Gemeindeanleihen. Was beispielsweise die Stadt Berlin braucht zur fortgesetzten Bervollständigung der Gasanstalten, Wasserwerke, Kanalisationen, Markthallen u. s. w., kann in einer sozialdemokratischen Kommune auch nicht durch Anleihen aufgebracht werden, sondern müßte ebenfalls vor der Verteilung des Ertrages der Gesamtarbeit unter die Konsumenten vorweg in Abzug gebracht werden. Ein weiterer jährlicher Betrag von je 20 Mark für die Haushaltung würde für die Kapitalbedürfnisse der Gemeinden kaum reichen.

Der sozialistische Staat aber würde aus laufenden Erträgen nicht glos für dasjenige zu sorgen haben, was heute zum Besten von Staat, Gemeinde und anderen öffentlichen Korporationen mittelst Anleihen beschafft wird, sondern er würde auch aus den laufenden Erträgen die neu erwachsenden Kapitalbedürfnisse zu befriedigen haben, die heute durch Ansammlung von Ersparnissen in den Privatwirtschaften befriedigt werden. Die Bevölkerung vermehrt sich alljährlich um mehr als 1 Prozent, und wenn die Glückseligkeit, welche die Sozialdemokraten erhoffen, wirklich im sozialdemokratischen Staat geschaffen würde, so würde die Vermehrung sicherlich noch eine weit stärkere sein. Neue Menschen brauchen aber neue Häuser und neues Mobiliar. Da die Eltern aber nichts mehr kapitalisieren können, so muß der Staat die Ausstattung übernehmen. Der Feuerkassenwert der Gebäude in Berlin, also der bauliche Wert, nicht der Wert von Grund und Boden, ist beispielsweise von 1886 bis 1887 in Berlin um 112 Millionen Mk. gestiegen, der versicherte Wert der Mobilien um 146 Millionen Mk., und zwar um 49 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. Private würden künftig keine Häuser für andere bauen,

da ja eine Mietsrente nicht gezahlt werden soll. Den Bau der Häuser und die Ausstattung mit Mobiliar muß deshalb auch der sozialistische Staat für die zunehmende Bevölkerung übernehmen. Mehr Menschen aber bedürfen auch mehr Werkstätten, mehr Fabriken, Vorrathshäuser, Magazine zu ihrer Versorgung mit Produkten. Zu alledem sind neue Baulichkeiten, neue Maschinen, neue Vorräte erforderlich. Auch diese muß der sozialistische Staat beschaffen, da es Privatunternehmer ja nicht mehr geben wird.

Unzweifelhaft verfügt gegenwärtig die bürgerliche Gesellschaft im Ganzen über weit mehr Kapital, auch pro Kopf der Bevölkerung, als die Gesellschaft früherer Zeiten. Der Durchschnitt der Bevölkerung — das kann nicht bestritten werden — wohnt besser, lebt besser als früher. Soll ein weiterer Fortschritt der Gesamtheit sich vollziehen, so bedarf dieselbe in der Zukunft, selbst wenn auch nur der Fortschritt der Kultur-entwicklung nach dem Maßstabe der heutigen Gesellschaftsordnung eingehalten werden soll, einer stets wachsenden Ausstattung mit Kapital auf den Kopf der Bevölkerung als bisher.

Wir hatten nun berechnet, daß die große Konfiskation alles Privatvermögens den Staat in Stand setzen würde, ein Durchschnittseinkommen von 842 Mk. zu gewähren, d. i. 200 Mk. mehr, als durchschnittlich das Einkommen gewerblicher Arbeiter beträgt. Wenn der sozialdemokratische Staat für den Umfang des bisherigen preussischen Staates auch jährlich nur 2000 Millionen Mk. aufwenden will, um die neuen Eisenbahnen, Kanäle, öffentliche Gemeindegemeinden, Wohnhäuser, Fabriken, Magazine, Vorräte, welche jetzt aus Privaterparnissen hergestellt werden, selbst zu beschaffen, so muß er den 10 Millionen Haushaltungen u. s. w. je 200 Mk. vorab von ihrem Anteil an der Gesamtproduktion in Abzug bringen. Damit würde dann aber als Wirkung der großen Vermögenskonfiskation nur übrig bleiben eine Herunterdrückung des Durchschnittseinkommens der Privathaushaltungen auf dasjenige Durchschnittseinkommen von 642 Mk., welches gegenwärtig die gewerblichen Arbeiter in Deutschland beziehen. Die Sozialdemokratie übersehen in ihrer Rechnung, daß der Zinsgewinn nur eine Leistung aus dem Ertrage des Volkshaushalts ist, der auch eine Gegenleistung gegenübersteht. Mit dem Wegfall des Zinsgewinns muß die Gesamtheit diese Gegenleistung — Ersparung von Kapital — für die Zukunft übernehmen und vermindert sich damit auch der Arbeitsertrag des Einzelnen aus dem Volkshaushalt.

Wie sollen nun gar erst diejenigen Kapitalien beschafft werden, welche der sozialdemokratische Staat bedarf für alle seine besonderen, aufs Vollkommenste ausgestatteten und ausgeschmückten neuen Einrichtungen, wie sie unseren Sozialdemokraten vorzuschweben? So schreibt Bebel in seinem Buch über die Frau S. 156:

Die Arbeit soll aber immer mehr verannehmlicht werden. Dazu gehören praktisch und schön eingerichtete Produktionsstätten, möglichste Verhütung jeder Gefahr, Beseitigung unangenehmer Gerüche, Dünste, Rauch zc., kurz aller gesundheitschädlichen und lästigen Einflüsse.

Anfangs produziert die neue Gesellschaft mit den von der alten übernommenen Hülsen- und Arbeitsmitteln. Allein diese sind, so vollkommen sie scheinen, für die neue unzureichend. Zahlreich zersplitterte, nach jeder Richtung höchst unzulängliche

Arbeitsräume, Werkzeuge und Maschinen, die von den primitivsten bis zu den vollkommensten alle Stufen durchlaufen, genügen weder der Zahl der nach Beschäftigung Verlangenden, noch ihren Ansprüchen auf Bequemlichkeit und Annehmlichkeit.

Die Beschaffung einer großen Menge großer, heller, luftiger, auf das Vollkommenste ausgestatteter und ausgeschmückter Arbeitsräume ist also das allerdringendste Bedürfnis. Kunst, Technik, Kopf- und Handgeschicklichkeit finden also sofort ein umfassendes Feld der Thätigkeit. Alle Gebiete des Maschinenbaues, der Werkzeugfabrikation, des Bauwesens und der mit der innern Einrichtung der Räume beschäftigten Arbeitszweige haben die reichlichste Arbeitsgelegenheit. Alles, was menschlicher Erfindungsgeist an bequemer und angenehmer Baulichkeit, Ventilation, Beleuchtung, Heizung, maschinellen und technischen Einrichtungen und Reinlichkeitsanlagen zu schaffen vermag, wird aufgewandt. Ersparnis motorischer Kraft, Heizung, Beleuchtung, Zeit, Arbeits- und Lebensannehmlichkeit gebieten die zweckmäßige Konzentration sämtlicher Arbeitsstätten auf bestimmte Punkte. Die Wohnungen werden von den Arbeitsräumen getrennt, befreit von den Unannehmlichkeiten industrieller und gewerblicher Thätigkeit. Diese Unannehmlichkeiten werden wieder durch zweckmäßige Einrichtungen und Vorkkehrungen aller Art bis auf das geringste Maß beschränkt sein, vielfach ganz aufgehört haben.

An einer anderen Stelle seines Buches (Seite 186) schildert Bebel die Kapitalanlagen, welche Konsumtionszwecken im sozialdemokratischen Staat dienen sollen, nicht minder verführerisch wie folgt:

Große Versammlungslokalitäten für Vorträge, Disputationen und zur Besprechung aller gesellschaftlichen Angelegenheiten, Spiel-, Speise- und Turnplätze, Parks und Promenaden, öffentliche Bäder, Bildungs- und Erziehungsanstalten aller Art, Laboratorien, Hospitäler für Kranke und Sieche, alles dies aufs Bestmögliche ausgestattet und hergerichtet, werden jeder Art von Unterhaltung, Kunst und Wissenschaft die reichlichste Gelegenheit bieten, das Höchste zu leisten.

Derartig baut sich die Sozialdemokratie mit einem Vergnügen, das als kindliche Naivität fast rühren könnte, allerlei phantastische Lustschlösser auf, während die Beseitigung des Privatkapitals gerade umgekehrt zu einer fortgesetzten Verschlechterung und Verkümmern aller auf Kapitalanlagen beruhenden Einrichtungen führen muß. Denn alles, was im sozialdemokratischen Staat derartig „gemeinnützig verwendet“ werden soll, kürzt unmittelbar den Arbeitsertrag, welcher zur Verteilung unter die Einzelnen gelangen kann. Das Eigeninteresse der Einzelnen wird daher bei der Frage der Vorenthaltung zu gemeinnützigen Zwecken in den denkbar schärfsten und unmittelbarsten Gegensatz zu dem Gemeinwohl gebracht. Hierbei würde die Entscheidung um so sicherer zu Ungunsten des Interesses der Gesamtheit fallen, je größere Beträge in Frage kommen. In Deutschland würden wir nicht einmal zur Hälfte des bestehenden Eisenbahnnetzes gekommen sein, wenn die Eisenbahnen nur aus laufenden Steuererträgen hätten gebaut werden können. Ganz anders verhält es sich bei der Ansammlung von Privatkapital. Zwar ist auch dies in der Regel abhängig von einer Entfagung in Bezug auf den augenblicklichen Genuß, aber diese Entfagung vollzieht sich weit leichter und allgemeiner im Publikum auf einen, damit aus dem Zinsgewinne zu erzielenden größeren und sichereren Lebensgenuß in späterer Zeit für die eigene Person oder wenigstens für die Nachkommen. — Es hilft nichts, zur Unterstützung obiger sozialdemokratischen Phantasie nun ein anderes Phantasiegebilde zu schaffen und die Menschen als selbstlose, nur von Gemeinwohl durchglühte, fast überirdische Wesen darzustellen. So phantasiert Bebel Seite 156: „Heute sind persönlicher Egoismus und Gemeinwohl Gegensätze, die sich ausschließen, in der neuen Gesellschaft sind diese Gegensätze aufgehoben,

persönlicher Egoismus und Gemeinwohl stehen mit einander in Harmonie, decken sich“. — Das Gemeinwohl deckt sich auch in der neuen sozialdemokratischen Welt mit dem persönlichen Egoismus ebensowenig, wie es in dieser schlechten Welt dem einzelnen Steuerzahler gleichgültig ist, wieviel die Gesamtheit von ihm zum allgemeinen Besten beansprucht. — Wenn die Menschen Engel wären, so würden wir eine noch weit schönere neue Weltordnung uns ausdenken können als die Sozialdemokratie.

6. Die Ueberschätzung des Großbetriebs.

Die bloße Konfiskation des Privatvermögens bringt im sozialdemokratischen Staat nicht viel ein, zumal nach solcher Konfiskation der Staat die Verpflichtung übernimmt, nunmehr seinerseits für die Gesamtheit zu kapitalisieren und das dazu Erforderliche vom Gesamtertrag der Arbeit vorweg abzuziehen. Der Arbeiter erhält also auch im sozialdemokratischen Staat nichts weniger als den Gesamtertrag seiner Arbeit.

Wodurch soll denn nun aber die gepriesene Glückseligkeit im sozialdemokratischen Staat entstehen? In erster Reihe, so führt man aus, dadurch, daß die Arbeit weit produktiver sich gestaltet, weil alles nur im Großen hergestellt wird. In der sozialdemokratischen Weltordnung wird es nur Großbetriebe geben. Je größer ein Betrieb, desto besser. Der Staat übernimmt daher selbst alle Betriebe.

Gewiß kann unter Umständen und bei gewissen Gegenständen ein Großbetrieb mit weniger Aufwand an Kapital und Arbeit produzieren als ein Kleinbetrieb. Aber es ist ein ungeheurerlicher Irrtum, zu glauben, daß der Großbetrieb überall und bei allen Gegenständen dem Kleinbetrieb überlegen sei. Die Sozialdemokraten behaupten freilich, daß in der bestehenden Gesellschaftsordnung mehr und mehr die Kleinbetriebe von den größeren Betrieben aufgesaugt würden, bis zuletzt alle Betriebe sich in den Händen von wenigen Personen vereinigen würden. Auch dies ist eine durchaus falsche Darstellung.

Was zunächst die Landwirtschaft betrifft, so ist das Umgekehrte weit mehr richtig: Der Kleinbetrieb ist dem Großbetrieb hier vielfach überlegen. Deshalb klagen unsere Junker gerade entgegengesetzt von den Sozialdemokraten die freie Ordnung an, daß sie Grund und Boden pulverisiere, eine Zerplitterung des Besitzes herbeiführe und die Zwergwirtschaft an die Stelle des Großbetriebes setze. Aber auch diese Ausführung ist falsch. Bei einer freien Entwicklung, welche nicht künstlich gehemmt wird durch Fideikomnisse und Privilegien bei der Vererbung, wird es in der Landwirtschaft immer Großbetriebe und Kleinbetriebe neben einander geben. Die Landwirtschaft in den östlichen Provinzen Preußens leidet gerade daran, daß es dort zu viel Großbetriebe und zu wenig Kleinbetriebe giebt. Die Entwicklung der Landwirtschaft drängt mehr und mehr hin zur Verminderung des durchschnittlichen Umfangs der einzelnen Betriebe, ohne deshalb die gesamte Landwirtschaft in lauter kleine Betriebe aufzulösen. Je mehr es in der Landwirtschaft auf intensiveren Betrieb ankommt, desto bedeutsamer wird die menschliche Arbeitskraft für die Kultur und desto mehr Vorteile bietet

der kleinere Betrieb vor dem größeren Betrieb. Andererseits ermöglicht die zunehmende Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften es den mittleren und kleineren Betrieben, sich alle Vorteile des Großbetriebes bei dem Bezug von Rohmaterial und Hilfsstoffen, bei der Benutzung von Maschinen und beim Absatz sich anzueignen.

Es gab 1882 bei der amtlichen Zählung in Deutschland nicht weniger als 5 276 344 landwirtschaftliche Betriebe. Nach der Statistik der Unfallversicherung verteilen sich die 5 576 765 landwirtschaftlichen Arbeiter auf nicht weniger als 3 046 007 Betriebe. Von je 100 ha landwirtschaftlicher Bodenutzung kommen auf die Betriebe von 100 ha und mehr durchschnittlich 24,4 ha, auf Güter von 10 bis 100 ha 47,6 ha, auf Besitz von 1 bis 10 ha 25,6 ha und auf Besitz unter 1 ha 2,4 ha. Gerade in den dichter bevölkerten und kapitalreicheren Gegenden nimmt der Großbetrieb ab; so entfallen von 100 ha auf Güter über 100 ha in Rheinland nur 2,7, in Hessen-Nassau 6,7, in Württemberg 2, in Baden 1,8, in Hessen 4,9 ha, während allerdings infolge der künstlichen Hindernisse gegen Parzellierung in Pommern 57,4, Posen 55,3 und Mecklenburg-Schwerin 59,9 ha entfallen. In Preußen hat sich übrigens auch in den 6 östlichen Provinzen und Westfalen von 1859 bis 1867 die Zahl der nicht spannfähigen Kleinstellen um 103 000, d. i. mehr als ein Sechstel, vermehrt. Der durchschnittliche Umfang der spannfähigen Höfe hat sich von 97 auf 94 Morgen vermindert. Daß vielfach größere Güter dort, wo gesetzliche Hindernisse nicht entgegenstehen, behufs Parzellierung angekauft werden, beweist, daß in der betreffenden Gegend der Kleinbetrieb der Landwirtschaft sich einträglicher erweist, als der Großbetrieb.

Ebenso falsch ist die Darstellung, als ob im Handel der Großbetrieb unter allen Umständen vorteilhafter sei und die Kleinbetriebe auffauge und zerstöre. Auch im Handel ist der Kleinbetrieb neben dem Großbetrieb durchaus berechtigt. In Berlin haben die Kleinhändler gefürchtet, daß ihnen die Einrichtung der städtischen Markthallen, welche an jedem Tage bis zum späten Abend geöffnet sind, das Lebenslicht ausblasen würde. Die Erfahrung hat das Gegenteil dargethan. Die Höfe und Budiken sind auch bestehen geblieben, ja ihr Absatz hat sich teilweise erhöht, weil mit der Konzentrierung des Marktes und der Verminderung der einzelnen Marktplätze für viele Haushaltungen die neuen Markthallen entlegener sind, als die früheren offenen Märkte waren. Der Handel hat den Beruf, dem Publikum die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse möglichst bequem zugänglich zu machen.

Der Kleinhändler kann auf den Einkaufspreis deshalb einen Aufschlag machen, weil er den Konsumenten den weiteren Weg zu entfernteren Läden oder Marktplätzen erspart. In Berlin waren in der letzten Gewerbesteuerklasse, der Klasse der Kleinhändler, 1887/88 31 008 Betriebe veranlagt, während die mittlere Handelsklasse, obwohl dieselbe auch die industriellen Betriebe umfaßt, 11 255 Steuerpflichtige zählte und die Handelsklasse für Betriebe von großem Umfange einschließlich der Fabrikbetriebe nur 1244 Pflichtige aufwies. Allerdings ist die Konkurrenz im Kleinhandel sehr groß, aber nicht infolge von Arbeitslosigkeit, oder weil hier ein Andrang der Verzweiflung stattfindet, wie das „Berl Volksbl.“ gegen die „Freis. Ztg.“ polemisierte, sondern weil der

Handel manchem andern Erwerbszweig vorgezogen wird. Es gab 1882 in Deutschland außer 164 111 Nebenbetrieben 452 725 Hauptbetriebe im Handelsgewerbe, in denen 838 392 Personen beschäftigt waren. Davon entfielen 300 655 Personen auf Kleinbetriebe ohne Gehilfen, 375 325 Personen auf Kleinbetriebe mit höchstens 5 Gehilfen, 56 766 auf Mittelbetriebe mit 6 bis 10 Personen, 86 760 auf Mittelbetriebe mit 11 bis 50 Personen und nur 18 886 auf Großbetriebe.

Aber auch für die Industrie ist es durchaus unrichtig, daß der Großbetrieb unter allen Umständen vorteilhafter ist als der Kleinbetrieb. In gewissen Grenzen gilt dies nur von dem Bergbau, der Metallverarbeitung, den Maschinenfabriken und der Textilindustrie. Im Jahre 1882 gab es aber in Deutschland 3 005 457 industrielle Hauptbetriebe. Darin waren einschließlich des Handelsgewerbes (siehe oben) nur 7 340 789 Personen beschäftigt. Es kamen also durchschnittlich nur $2\frac{1}{2}$ Personen auf den einzelnen Betrieb. Von den in dem Gewerbe derart beschäftigten Personen entfielen 26,1 Prozent auf Kleinbetriebe ohne Gehilfen, 35 Prozent auf Kleinbetriebe mit höchstens 5 Gehilfen, 16,8 Prozent auf Mittelbetriebe mit 6 bis 50 Personen und 22,1 Prozent auf Großbetriebe. Auf die Kleinbetriebe entfällt also mehr als die Hälfte der in dem Gewerbe beschäftigten Personen. Es gab überhaupt in Deutschland nur 97 163 industrielle Hauptbetriebe, in denen mehr als 5 Gehilfen thätig waren. So arbeiteten mit mehr als 5 Gehilfen in ganz Deutschland nur 1423 Bäcker und Konditoren, 642 Fleischer, 2050 Schneider, 239 Gutmacher, 1839 Schuhmacher u. s. w.

Die Behauptung ist völlig falsch, daß das Handwerk allmählich durch den Fabrikbetrieb verdrängt werden würde. Das Handwerk hat auch nach der Entwicklung der modernen Industrie unter der Herrschaft des Dampfes und der Maschinen seinen vollberechtigten Platz überall da, wo es nicht ankommt auf Schablonenproduktion der Maschinen, sondern auf die Anpassung der Arbeit an den individuellen Geschmack, auf die Geschicklichkeit der Hand, auf scharfen Blick und Nachdenken.

Wo der Großbetrieb wirklich Vorteil bringt, bricht er sich unter Verwohlfeilerung der Produktion auch unter der jetzigen Gesellschaftsordnung Bahn. Eine Ausdehnung des Großbetriebs auf alle Produktionszweige aber würde die Gesamtproduktion nicht verwohlfeilern, sondern ganz außerordentlich erschweren, verschlechtern und verteuern. Dazu kommt, daß auch für den Großbetrieb in jedem Produktionszweige ganz bestimmte Grenzen gezogen sind, jenseits deren selbst der Großbetrieb dort, wo er an sich angebracht ist, aufhört, rentabel zu sein, weil der Betriebsleiter alsdann das Geschäft nicht mehr genügend übersehen kann.

7. Staatsbetrieb und Aufhebung der Konkurrenz.

„Genossenschaftliche Wirtschaft“ nennt das „Berliner Volksblatt“ den Staatsbetrieb. In dem Programm der Sozialdemokraten heißt es auch „genossenschaftliche Regelung der Arbeit“. Das Wort „Genossenschaft“ ist wohlklingender, es erinnert gewissermaßen an das Genossenschaftswesen nach dem Muster von Schulze-Delitzsch. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um Einzelbetriebe von Genossenschaften, sondern um eine Zwangsorganisation der gesamten Produktion durch den Staat, um einen einheitlichen staatlichen Betrieb der gesamten Produktion. Die sozialdemokratische Ordnung kann selbständige Betriebe ebensowenig gestatten in Form von Genossenschaften, wie in Form von Betrieben einzelner Unternehmer. Denn jeder selbständige Betrieb setzt auch selbständige Arbeitsmittel voraus. Alle Arbeitsmittel, alles Kapital aber gehört dem Staat. Auch würde ja der Betrieb mehrerer Genossenschaften eine Konkurrenz hervorrufen und damit zu sozialer Ungleichheit führen. Selbst eine gemeindeweise selbständige Produktion kann logischer Weise ebensowenig stattfinden, denn die Gemeinden sind nichts wirtschaftlich Abgeschlossenes, sondern stehen in Konkurrenz mit einander. Was daher einst sozialdemokratische Schriftsteller früher über gruppenweise Organisation der Produktion ausgeführt haben, widerspricht ebenso sehr der Logik des eigenen Programms; die vollständige Konsequenz desselben erheischt sogar einen einheitlichen Weltbetrieb. Alles was unter Mißbrauch des Wortes „Genossenschaft“ lokale oder fachweise Organisation der Produktion genannt wird, kann in Wahrheit nur unselbständige Unterabteilungen eines einheitlichen Betriebs darstellen, ähnlich den einzelnen Filialen desselben Privatunternehmens an verschiedenen Orten.

Daß der Großbetrieb an sich keineswegs überall Vorteile bringt, sondern vielfach Nachteile, haben wir bereits nachgewiesen. Daß der Staatsbetrieb als solcher nicht vorteilhaft ist gegenüber dem gleichen Betrieb durch Privatunternehmer, ist notorisch. Fiskus kauft teuer und verkauft billig. Domänen rentieren am wenigsten, wenn der Staat in eigener Regie wirtschaftet, sie rentieren besser, wenn er den Betrieb verpachtet, am besten, wenn er die Domänen verkauft. So ist es auch mit den Staatsfabriken. Eisengießerei, Porzellanmanufaktur, Hüttenwerke, alles dies rentiert schlechter unter Staatsleitung als unter Privatleitung. Mit Handelsgeschäften hat der Staat erst recht kein Glück. Als die königliche Seehandlung noch große Fabrik- und Handelsgeschäfte betrieb, wurde sie dreimal zahlungsunfähig. Daß der Staat den Großbetrieb in der Produktion übernimmt, macht denselben also erst recht uneinträglich.

Die Sozialdemokraten haben nun allerdings ein einfaches Mittel, die Ueberlegenheit des Staatsbetriebes über den Privatbetrieb zu dekretieren. Sie verbieten jeden Privatbetrieb, schaffen die Konkurrenz ab, indem sie behaupten, daß sich bei Beseitigung der Konkurrenz eine Organisation schaffen lasse, welche die Arbeit erst voll und ganz produktiv mache. Die Verluste, welche jetzt aus dem Betriebe verschiedener konkurrierender Unternehmer für die Unterliegenden entstehen, würden

alsdann vermieden. Eine einheitliche Organisation der Gütererzeugung und Güterverteilung gestatte es, Arbeitskräfte und Arbeitsmittel überall voll auszunutzen. — Es sind dies dieselben Vorstellungen, durch welche mitunter die Regierungen versucht haben, die Einführung von Monopolen plausibel zu machen. In Wahrheit aber bestand bei den letzteren der Zweck darin, solche hohe Verbrauchssteuern auf einzelne Artikel zu legen, deren Erhebung sich beim Vorhandensein vieler Privatbetriebe nicht mehr durchführen läßt.

Wird der einheitliche Staatsbetrieb nun weniger Verlust haben als die Gesamtheit der Privatbetriebe? Wodurch entsteht der Verlust? Zunächst durch Naturereignisse, z. B. unberechenbare Einwirkung der Witterung auf Produktion und Konsumtion. Solche kann auch die sozialdemokratische Weltordnung nicht abwenden. Alle Veränderungen in der Produktion und Konsumtion, welche unvorherzusehende Naturereignisse bewirken, bleiben daher dieselben. Aber, so sagen die Sozialdemokraten, das blinde Spiel von Angebot und Nachfrage hört auf. Alles, so schreibt Bebel in der „Frau“, geht nur nach Plan und Ordnung vor sich. „Die ganze Gesellschaft ist organisiert, also auch die Feststellung des Maßes der verschiedenen Bedürfnisse sehr leicht, und wenn erst einige Erfahrung vorliegt, vollzieht sich das Ganze spielend.“

Das Angebot kann allerdings der sozialdemokratische Staat leicht übersehen, weil nur der Staat selbst etwas anzubieten hat. Aber auch die jetzige Gesellschaft bemüht sich, das Angebot möglichst genau zu ermitteln. Bebel selbst lobt die Vervollkommnung der Statistik, sowohl der Privatstatistik als der staatlichen Erhebungen. Zur Erntestatistik kommen die wöchentlichen Uebersichten aller Handels- und Hafenplätze über die Vorräte an Petroleum, Kaffee, Baumwolle, Zucker u. s. w. Im Ganzen, meint Bebel, treffen diese statistischen Uebersichten ziemlich sicher zu und geben den Interessenten einen Ueberblick, wie der Markt in der nächsten Zeit sich gestalten wird. — Also allzu viel würde der sozialdemokratische Staat in Bezug auf die Statistik des Angebots nicht voraus haben.

Wie aber ist es nun um die Statistik der Nachfrage bestellt? Hunderttausende von Unternehmern haben jetzt weit mehr Fühlung mit den Bedürfnissen des Publikums als eine einheitliche staatliche Organisation es in der Zukunft haben würde. Ihr eigenes Interesse zwingt die Privatunternehmer, über diese Bedürfnisse des Publikums sich auf das Genaueste zu unterrichten. Wenn der Unternehmer das Bedürfnis des Publikums falsch beurteilt, so verwandelt sich sein Gewinn in Verlust. Solche Verluste würden die sozialistische Staatsleitung erst recht treffen. Freilich giebt es ein einfaches Mittel, auch die Nachfrage festzustellen, wenn man nämlich allen Personen genau bis ins Einzelne vorschreibt, was sie verzehren, wie sie wohnen und wie sie sich kleiden sollen. Alsdann kann freilich die sozialdemokratische Staatsleitung die Nachfrage ebenso genau feststellen, wie ein Zucht hausdirektor die erforderlichen Lieferungen für den Unterhalt seiner Häslinge im Voraus berechnet. Die Logik des sozialdemokratischen Programms zwingt zur Regelung auch der Konsumtion in dieser Weise, denn in dem Maße, wie der sozialdemokratische Staat noch irgend eine freie

Wahl auch nur im Lebensgenuß zuläßt, bleibt die Unsicherheit in der Schätzung der Nachfrage genau dieselbe wie in der heutigen Gesellschaftsordnung.

Die letztere kennzeichnet sich dadurch aber ganz besonders, daß der Privatunternehmer nicht nur die vorhandene Nachfrage zu erkennen sucht, sondern auch diese Nachfrage im Voraus zu berechnen sucht, daß er mit einem Wort darauf ausgeht, neue Nachfrage hervorzurufen durch Verbesserungen und Vervollkommnungen in jeglicher Art des Angebots. Hierzu wird er gerade veranlaßt durch sein Eigeninteresse. Gelingt es ihm, dem Bedürfnis des Publikums entgegenzukommen, so wächst zunächst sein Gewinn, aber schließlich verbleibt ihm nicht dieser Gewinn. Andere eifern ihm nach, und die Konkurrenz bewirkt, daß der Fortschritt, der zunächst wesentlich dem Einzelnen zu gute kommt, schließlich der Allgemeinheit zu teil wird. Das ist der Segen der freien Konkurrenz, von der die Sozialdemokraten freilich keine Vorstellung haben.

Der Unternehmergeinn ist nach Abzug der darin enthaltenen Vergütung für persönliche Mühewaltung und für Kapitalnutzung die Prämie für die richtige Bemessung der Bedürfnisse des Publikums. Zugleich aber ist dieser Unternehmergeinn die Prämie dafür, die Gütererzeugung und die Güterverteilung mit dem möglichst geringsten Aufwand an Arbeitskraft und Arbeitsmitteln zu bewerkstelligen. Auch wer hierin eine bessere Methode herausfindet, erzielt vor seinem Konkurrenten solange einen Gewinn, bis der Fortschritt Gemeingut wird und die durch die verbesserte Methode ermöglichte Preisermäßigung die Verbesserung allen zum Vorteil gereichen läßt.

Freilich steht in der heutigen Gesellschaftsordnung zunächst dem Unternehmergeinn des Einzelnen aus der Verbesserung einer Methode in der Erzeugung oder Verteilung der Güter oder in der Herstellung eines den Bedürfnissen des Publikums mehr entsprechenden Artikels ein Verlust bei allen denjenigen Unternehmern gegenüber, deren nunmehr veraltete Einrichtungen, Methoden, Bedarfsartikel unbrauchbar oder unverkäuflich werden. Aber derselbe Verlust wird auch im sozialdemokratischen Staat eintreten, sobald der einheitliche Staatsbetrieb irgend eine Neuerung einführt. Der Privatunternehmer wird zum Vorteil der Allgemeinheit durch die Konkurrenz gezwungen, sich jeder Neuerung anzuschließen; die Leiter des Staatsbetriebes haben nicht nur keinerlei Eigeninteresse am wirtschaftlichen Fortschritt, sondern können umgekehrt in Ermangelung jeder Konkurrenz jeden Fortschritt, der ihre einmal vorhandenen Einrichtungen, Maschinen u. s. w. entwertet, und dazu noch ihnen persönlich nur Unbequemlichkeiten verursacht, verhindern.

Es ist richtig, daß die Konkurrenz mehrerer der Volkswirtschaft auch gewisse Geschäftskosten mit sich bringt, welche ein einheitlicher Betrieb vermeiden kann; aber diese Ersparnis wird bei weitem ausgeglichen durch das rege Streben nach Verbesserungen jeder Art, welches nur die freie Konkurrenz hervorbringt und durch einheitlichen ausschließlichen Betrieb vollständig erstickt wird.

Vermehrung des Kapitals, Verbesserung der Produktion und der Konsumtion sind die Voraussetzungen des Kulturfortschritts. Wir haben nunmehr gesehen, daß der sozialdemokratische Staat, indem er das Eigeninteresse der Privaten sowohl an der Kapitalansammlung, wie

an der Verbesserung der Produktion und Konsumtion vollständig mattsetzt, in beiden Richtungen die vorwärtstreibenden Kräfte in der Volkswirtschaft zerstört.

8. Falsche Beurteilung der Handelsgewerbe.

Bevor wir die sozialdemokratische Organisation der Produktion im Einzelnen betrachten, empfiehlt es sich, noch einen Blick zu werfen auf das Beispiel, welches die Sozialdemokratie mit Vorliebe anführt, um darzutun, wie viel billiger alles von ihr dem Einzelnen durch einheitlichen Staatsbetrieb nach Beseitigung der Konkurrenz zugänglich gemacht werden kann. „Anstelle der Duzende, Hunderte, Tausende von Läden und Handelslokalitäten aller Art, die heute jede Kommune im Verhältnis ihrer Größe besitzt,“ so schreibt Bebel im Buch über die „Frau,“ S. 167, „treten große Kommunedepots, Vorrathshäuser, elegante Bazars, ganze Ausstellungen, die ein verhältnismäßig geringes Verwaltungspersonal beanspruchen. . . . Auch die Millionen kleiner zersplitterter Sendungen, die an ebensoviel Eigentümer gingen, wachsen jetzt zu großen mächtigen Ladungen an, die nach den Kommunedepots und nach den Zentralproduktionsstätten wandern. Die Arbeit wird auch hier enorm vereinfacht, es wird Zeit, Arbeitskraft, Material in großer Menge erspart.“

Die Beseitigung des Kaufmannsstandes ist allerdings eine besondere Lieblingsvorstellung Bebels. So schreibt auch Bebel in seiner 1877 erschienenen Broschüre: „Unsere Ziele“, S. 31. „In der menschlichen Gesellschaft existiert eine große Klasse von Menschen — und zwar nicht die schlechtest gestellten — durch den Vertrieb der Produkte. Es ist dies eine Klasse von Leuten, die als Agenten, Makler, Krämer, kurz, als Zwischenhändler aller Art ihre Existenz dadurch finden, daß ein Preisauflschlag auf den Preis der Ware erfolgt, den der Konsument selbstverständlich bezahlen muß. Im sozialistischen Staat würde diese Klasse verschwinden. Große Lager oder Bazars würden die Stelle unserer Kramläden, kaufmännischen Geschäfte u. s. w. ersetzen.“

In dem Roman von Bellamy wird die Durchführung dieses Teils des Bebel'schen Romans sehr hübsch geschildert, indem Fräulein Edith den aus dem Jahre 1887 durch magnetischen Schlaf in das Jahr 2000 versetzten Herrn West durch die sozialdemokratischen Bazars Bostons spazieren führt. Dieselben sind freilich in manchen Dingen kaum anders eingerichtet, wie die großen Privatlager in unserer Reichshauptstadt. Nur beschränkt sich der Kommis darauf, Bestellungen entgegenzunehmen; die Enthaltung jeder Warenanpreisung wird von Fräulein Edith als ein großer Fortschritt bezeichnet. Dieses sozialdemokratische Fräulein überieht, daß in den allermeisten Fällen der Käufer nicht eine solche spezielle Warenkenntnis besitzen kann, um ohne Unterredung, Frage und Auskunftserteilung beurteilen zu können, inwieweit eine vorhandene Ware seinem persönlichen Bedarf entspricht. Wo aber das Gegenteil zutrifft, werden auch heute Bestellungen brieflich oder telephonisch nach Preiskourants vollzogen. Weiter sind in den sozialdemokratischen Bazars, auch der Ersparnis halber, nur Proben

vorhanden. Wo es sich um vertretbare Gegenstände handelt, verkauft man aber auch heute nach Proben Waren, die vielleicht noch auf der See schwimmen; unendlich viele Gegenstände aber können in ihrem individuellen Gebrauchswert nach Proben garnicht beurteilt werden. Im Jahr 2000 verbindet freilich ein System von Rohrpostleitungen Stadt und Land in Amerika zur schleunigen Uebermittlung aller gewünschten Waren bis in die Häuser der Besteller. Wenn es indes überhaupt einmal möglich werden sollte, durch Rohrpost nicht bloß kleine Briefe zu befördern, so würde die heutige Gesellschaftsordnung diese Einrichtung früher und leichter herstellen nach der Art ihrer Kapitalbeschaffung als die sozialdemokratische. Bellamy und Bebel gebrauchen überhaupt gemeinsam das Kunststück, dort, wo ihnen die nackte sozialdemokratische Wirklichkeit nicht verführerisch genug erscheint, irgend eine wunderthätige Erfindung der Zukunft einzuschalten, als ob solche Erfindungen eine Eigentümlichkeit sozialdemokratischer Weltordnung wären, während doch das Patentwesen, das man als eine Haupttriebkraft des Erfindungsgeistes bezeichnet, das entgegengesetzte Extrem der sozialdemokratischen Weltordnung darstellt.

In der Hauptsache aber sind die Schilderungen Bellamys und Bebels von den Zukunftsbazaren Darstellungen großer Privatbazare, öffentlicher Markthallen und Ausstellungen aus der Gegenwart entnommen. Wo die Konzentration von Angebot und Nachfrage vorteilhaft ist, insbesondere in großen Städten, erfolgt dieselbe auch schon in der heutigen Gesellschaftsordnung. Die Sozialdemokraten übersehen nur, daß es für die zweckmäßige Güterverteilung nicht allein darauf ankommt, daß eine Ware uns an irgend einem Ort zugänglich ist, die Ware muß uns auch in der denkbar leichtesten und bequemsten Weise gerade in dem Augenblick zur Verfügung stehen, wo wir ihrer bedürfen. Andersnalls müssen wir von den Waren selbst einen größeren Vorrat halten mit allen Unbequemlichkeiten der Aufbewahrung, Gefahren des Verderbens u. s. w. Anstelle der anscheinend nutzlos vorhandenen großen Vorräte in den Läden würden noch viel größere, aber auf die einzelnen Privatwohnungen zerplitterte Vorräte zu treten haben. Der Zwischenhandel in allen seinen Gliedern erspart uns dies, er erspart zugleich die weiten Wege zu den großen „Kommunedepots“ er unterrichtet uns auch über das, was zur Befriedigung unserer Bedürfnisse an neuen Mitteln vorhanden ist, drängt uns solche Kenntnis mehrfach sogar auf und zwar durchaus nicht zu unserm Schaden. Freilich entstehen damit auch erst neue Bedürfnisse und wachsen die vorhandenen in unserer Vorstellung. Aber das Maß der Bedürfnisse treibt auch zu größerer Anstrengung in der Produktion. Die Mitglieder des Handelsstandes sind daher durchaus nicht die müßigen kostspieligen Drohnen, wie sie von den Sozialdemokraten geschildert werden, sondern in der großen Mehrzahl durchaus nützliche Glieder in dem Organismus der Volkswirtschaft.

Uebrigens ist die Zahl der Arbeitskräfte, welche das Handelsgewerbe in Anspruch nimmt, gar nicht so bedeutend, wie es vielleicht manchem vorkommt, der seine Vorstellungen nach den Eindrücken bemißt, die er an Mittelpunkten des Handels empfängt. Auf 1000 Einwohner

in Deutschland kamen in allen Handelszweigen zusammengenommen 1882 nur 13,6 Handelsbetriebe und 18½ im Handelsgewerbe thätige Personen.*)

Es ist nicht einmal richtig, daß der sozialdemokratische Staat an sich große Ersparnisse machen könnte an Kosten, welche jetzt die Reklame verursacht, wie dies die Sozialdemokraten darstellen. Durch die Reklame wird dem Publikum erst die Uebersicht und die Auswahl unter den Gegenständen zur Befriedigung seines Bedarfs vermittelt. Die Litsafsäule würde im sozialdemokratischen Berlin sicher nicht kleiner sein können, es sei denn, was wir allerdings für die logische Konsequenz der sozialdemokratischen Ordnung halten, daß dem Einzelnen dort keinerlei Wahl mehr gelassen werden kann über die Art seines Lebensgenusses. Alsdann genügt es freilich, wenn der Einzelne täglich von der vorgesetzten sozialdemokratischen Behörde einen Parolebefehl übermittelt erhält, wie er sich zu verhalten, welche Mahlzeiten er einzunehmen und an welchen Stellen der Depots er sich einzufinden hat, um die Gegenstände zur Befriedigung der von der sozialdemokratischen Behörde anerkannten „vernunftgemäßen Bedürfnisse“ in Empfang zu nehmen.

Will das Publikum die Probe darauf machen, ob sich Gegenstände seines Bedarfs billiger als durch den gewerbsmäßigen Kleinhandel beschaffen lassen, so kann es dies schon in der heutigen Gesellschaftsordnung durch Bildung von Konsumvereinen. Konsumvereine gedeihen aber in der Regel nur dort, wo es dem Handelsgewerbe am Ort entweder an einer rationellen Betriebsweise fehlt oder die Mitglieder sich gegenüber dem Verein in der Art und Weise des Bezuges freiwillig gewisse Beschränkungen auferlegen, welche die Güterverteilung für denselben vorteilhafter gestalten.

9. Gleiche Arbeitszeit und gleicher Arbeitslohn.

Die Produktivität der menschlichen Arbeit an sich ist bedingt durch das Maß der Fähigkeiten und das Interesse des Arbeiters an der Arbeit. Die Fähigkeit ist abhängig von den natürlichen Eigenschaften und dem Grade der Ausbildung des Arbeiters. Die Sozialdemokratie organisiert nun die Arbeit derartig, als ob sie es für ihre Aufgabe erachtete, soviel Unfähigkeit und Unlust wie möglich für die Arbeit zu erzeugen. Dies geschieht durch die Festsetzung der gleichen Arbeitszeit und des gleichen Arbeitslohnes für alle Arbeit ohne Unterschied.

*) Das sozialdemokratische „Berliner Volksblatt“ hatte bei dieser Angabe in dem Artikel der „Freis. Ztg.“ bemängelt, daß hier nicht auch die Zahl der Angehörigen der im Handelsgewerbe thätigen Personen angegeben sei. Es leitet daraus Angriffe auf die Zuverlässigkeit unserer Darstellung her. Wir haben einfach diejenigen Zahlen wiedergegeben, welche wir im amtlichen Statistischen Jahrbuch für 1886 darüber gefunden haben. Die Zahl der Angehörigen der im Handelsgewerbe thätigen Personen dürfte nach dem allgemein statistischen Verhältnis von Selbstthätigen und Angehörigen bei 18,6 Selbstthätigen etwa 26 betragen.

Im Programm ist diese Bestimmung enthalten in der Forderung der „Beseitigung aller sozialen Ungleichheit“. Bei einer verschiedenen Arbeitszeit und verschiedenem Arbeitslohn ist soziale Gleichheit undenkbar, weil die Verschiedenheit hierin notwendig zu verschiedenem Lebensgenuß führt. Der größere Anteil am Ertrage der Arbeit würde außerdem Ersparnisse begünstigen und damit, wenngleich auf Umwegen, wieder eine „Kapitalistenklasse“ schaffen, also das ganze sozialistische Produktionssystem wiederum zerstören. Es ist nur ein Beweis von der großen Unklarheit unter den Sozialdemokraten selbst über die Bedeutung ihres Programms, daß ein Organ der Sozialdemokratie in Frankfurt a./D., die „Märkische Volksstimme“, auf das Heftigste der „Freisinnigen Zeitung“ gegenüber glaubte, die gleiche Arbeitszeit und den gleichen Arbeitslohn als Bestandteil des sozialdemokratischen Programms bestreiten zu können. Allerdings hat die sozialdemokratische Partei vielfach ein starkes Interesse daran, diesen Teil ihres Programms noch besonders zu verstecken, weil er gerade tüchtigere und gebildete Arbeiter zurückzusprechen geeignet ist.

Bebel in seinem Buch über die „Frau“ macht dagegen gar kein Hehl daraus, daß die gleiche Arbeitszeit und der gleiche Arbeitslohn die logische Folge des ganzen Systems ist. Er schreibt S. 154, daß die Bedarfsstatistik, in Vergleich gestellt zur vorhandenen Leistungsfähigkeit, „das Durchschnittsmaß für die tägliche und gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ergibt“. Auch an anderer Stelle ist von der in Anspruch genommenen gesellschaftlich bestimmten Arbeitszeit die Rede. „Findet die Gesellschaft, so heißt es S. 162, daß zur Herstellung aller benötigten Produkte eine täglich dreistündige Arbeitszeit nötig ist, so setzt sie eine dreistündige fest“. Könne der Bedarf schon in zwei Stunden hergestellt werden, „so setzt sie eine zweistündige fest“. Verlangt man die Befriedigung höherer Bedürfnisse, als sich in zwei oder drei Stunden herstellen lasse, „so setzt sie vier Stunden fest. Ihr Wille ist ihr Himmelreich“.

Die Annahme, daß die allgemein maßgebende gleiche Arbeitszeit höchstens vier Stunden betragen werde, ist natürlich eine ganz willkürliche, welche auch dadurch nicht begründet wird, daß, wie Bebel ausführt, der Phantast Owen schon im ersten Viertel dieses Jahrhunderts eine zweistündige Arbeitszeit für ausreichend erachtet hat. Bebel meint, daß, weil die ganze Produktion auf höchster technischer Stufenleiter organisiert sei und alle thätig sind, eine dreistündige Arbeitszeit eher zu lang als zu kurz sei. Das heißt doch nur eine phantastische Voraussetzung auf eine andere stützen. Die sozialdemokratische Organisation führt, wie wir gesehen haben, durch Aufhebung des Unternehmergewinnes und des Kapitalzinses gerade zu einer mangelhaften Betriebsleitung und zu einer verringerten Ausstattung mit Kapital, d. h. mit Arbeitsmitteln, also zu einer immer niedrigeren technischen Stufenleiter.

Ganz bedeutungslos aber für die Menge der geleisteten Arbeit und die Dauer der durchschnittlichen Arbeitszeit ist die Bestimmung, daß alle arbeitspflichtig sein sollen. Die Zahl der Rentner oder derjenigen, welche arbeiten können, aber nicht einmal den Bebel'schen Normalarbeitstag von höchstens vier Stunden innehalten, beträgt schwerlich auch nur ein Prozent der Bevölkerung. Die Einführung einer allgemeinen

Arbeitspflicht dieser „Faullenzen“ zu Gunsten der Gesamtheit würde noch nicht ausreichen, die Arbeitszeit aller Uebrigen auch nur um zehn Minuten abzukürzen. Allerdings sollen im sozialdemokratischen Staat auch alle Frauen in die Fabrik oder in sonstige Zentralwerkstätten eingestellt werden; dafür aber wird wiederum die häusliche Arbeit, welche jetzt die Frauen leisten, von großen Zentralkoch-Heizungs-Waschanstalten, Wäschefabriken, Reparaturanstalten, Kinderhäusern und Krankenhäusern übernommen, welche ihrerseits natürlich neue Arbeitskräfte beanspruchen würden. Andererseits tritt wieder ein großer Ausfall an Arbeitskraft dadurch ein, daß alle jungen Leute die gleiche Erziehung erhalten sollen, also wohl mindestens bis zum 21. Lebensjahr. Bellamy will nicht bloß die jungen Leute unter 21 Jahren, sondern auch die Alten über 45 Jahre von der Arbeitspflicht befreien, abgesehen von vorübergehenden Einberufungen der Letzteren im Notfalle innerhalb der Zeit bis zum 55. Lebensjahre.

Die Arbeitszeit ist auch insofern nach Bebel eine gleiche, daß sie sich weder verkürzt noch verlängert, je nach der größeren oder geringeren Geschicklichkeit des Arbeiters, eine bestimmte Arbeitsmenge zu liefern. Denn, sagt Bebel, der Mensch ist einzig und allein das Produkt seiner Verhältnisse. „Ist jemand von der Natur so stiefmütterlich behandelt, daß er bei dem besten Willen nicht zu leisten vermag, was andere leisten, so kann ihn die Gesellschaft für die Fehler der Natur nicht strafen. Hat umgekehrt jemand durch die Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die anderen erheben, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist.“ (S. 164.) Bebel verwirft deshalb auch jede Art von Stücklohn.

Daraus folgt denn auch schon von selbst, daß alle Arbeit gleich bezahlt wird. Zum Ueberfluß versichert Bebel auch noch S. 165: „Da die Gesellschaft nur gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet, so ist jede Arbeit, die diese Eigenschaft besitzt, auch der Gesellschaft gleich wert.“ Weil jeder, was er ist, nur der Gesellschaft verdankt, so kann dieselbe keine Verpflichtung haben, das, „was sie selbst erst möglich gemacht hat, besonders zu honorieren.“

Wenn derart niemand durch eine größere Befähigung zur Arbeit, eine größere arbeitsfreie Zeit und einen höheren Arbeitsertrag erlangen kann, so ist dies schon ausreichend, jeden Bildungstrieb zu ersticken. In der heutigen Gesellschaftsordnung ist schon für das Kind und weiterhin für die jungen Leute der kräftigste Sporn, etwas zu lernen, in der Aussicht vorhanden, dadurch im Leben vorwärts zu kommen, womöglich noch ein besseres Los zu erlangen, als die Eltern. Es kommt durchaus nicht bloß darauf an, Gelegenheit zu haben, etwas zu lernen, die Bildungsmittel wollen auch angeeignet sein. Dies erfordert, je nach der Art der Ausbildung, eine geistige oder körperliche Anstrengung, eine auf ein bestimmtes Ziel Jahre hindurch beharrlich hingelenkte Thätigkeit. Das übernieht Bebel vollständig. Er beruft sich auf Helvetius, der den Satz ausgesprochen hat: Alle gemeinhin wohl organisierten Menschen werden mit einem beinahe gleichen Verstande geboren, aber Erziehung, Gesetze und Umstände machen sie untereinander verschieden. Wenn man daher nur allen die gleiche Erziehung und die gleichen Lebensverhältnisse darbiete, so würden die Unterschiede in den Leistungen sehr

gering sein. — Aus den Erfahrungen jeder größeren Familie aber könnte Herr Bebel das Gegenteil lernen. Wie verschieden gestalten sich die Leistungen der Kinder im späteren Leben, selbst dann, wenn die Eltern allen unter denselben Lebensverhältnissen die gleiche Erziehung und Ausbildung zu teil werden lassen. Reiche Eltern machen tagtäglich die Erfahrung, daß ihre Kinder trotz aller Erleichterung der Fortbildung nicht vorwärts kommen, weil sie glauben, es später nicht nötig zu haben. Die sozialdemokratischen Kinder haben es nun allesamt nicht nötig, etwas zu lernen, weil alle nach sozialdemokratischer Vorstellung ihren Tisch gleichmäßig bei erlangter Mündigkeit gedeckt finden, und das Maß der eigenen Leistung für das Ruwert keinen Unterschied mit sich bringt.

In gleicher Weise wird für den gelernten Arbeiter auch jeder Trieb zur weiteren Fortbildung aufgehoben durch die Ausichtslosigkeit, hierdurch im Laufe der Zeit einen größeren Anteil am Arbeitsertrag erlangen zu können. Auch daß der Träge, Unachtsame, Läßige, wenn er nur während derselben Zeit auf seinem Arbeitsplatz ausharrt, wie der Fleißige, Unsiichtige, den gleichen Lohn wie dieser empfängt, setzt geradezu eine Prämie auf schlechte Arbeit. Freilich Bebel schreibt S. 163: Daß es auch keinen Unterschied zwischen Fleißigen und Faulen mehr geben werde, weil „die ganze moralische Atmosphäre der Gesellschaft, die jeden anregt, es dem Andern zuvorzuthun, die Unterschiede ausgleicht.“

Bebel hebt sich über alles dies hinweg mit dem Glauben an die allgemeine sozialdemokratische Begeisterung: „Da alle gegenseitig für einander arbeiten, so haben sie alle miteinander das Interesse, das alles nicht nur möglichst gut und vollkommen, sondern auch rasch geliefert wird, um entweder Arbeitszeit zu sparen oder Zeit für Erzeugung neuer Produkte zur Befriedigung höherer Ansprüche zu erlangen. Dies veranlaßt alle auf Verbesserung, Vereinfachung, Beschleunigung des Arbeitsprozesses zu sinnen. Der Ehrgeiz, zu erfinden, zu entdecken, wird im höchsten Grade angeregt, einer wird an Vorschlägen und Ideen den Andern zu überbieten suchen“. (S. 154).

Also weil die vorzüglichste Leistung des Einzelnen der Gesamtheit des Volkes mit nahezu 50 Millionen Menschen zu gute kommt und der Vorteil der Gesamtheit zu einem Fünfzigmillionstel auch wieder auf den Einzelnen zurückstrahlt, muß die Aussicht auf diesen denkbar minimalsten Bruchteil an dem besonderen Ertrage der individuellen Arbeit zu den höchsten Leistungen anspornen. Man braucht bloß die Phrasen und die Phantasien abzustreifen, und der nackte Widersinn jener Ausführungen Bebels springt klar in die Augen. An diesem Punkt wird selbst dem für den Sozialismus so wohlwollend gesinnten Professor Schäffle in seiner „Quintessenz des Sozialismus“ die Sache doch gar zu toll. Er schreibt S. 31: Es genügt bei einer Produktionsgemeinschaft von Millionen allein noch nicht, daß Produzent A. weiß: mein „soziales Arbeitseinkommen“ ist davon bedingt, daß auch die 999 999 anderen „Korporations“-Genossen fleißig sind, wie ich. Das erweckt noch nicht die nötige Kontrolle, ersticht wenigstens nicht den Trieb zur Faulheit, zur Unredlichkeit, hindert nicht die Unterschlagung von Arbeitszeit gegenüber dem Ganzen, vereitelt nicht schon eine verschmizte oder faktiöse Durchsetzung unrichtiger Taxation der Einzelleistungen.

Selbst Bellamy will hier das sozialdemokratische Programm, nicht einmal für die Logik seines Romans, ausreichend erscheinen. Er hält noch einige Zuthaten für notwendig und erfundet deshalb ein ganzes System von kleinen Rangunterschieden, allerlei Medaillen von Eisen, Silber und Gold. Dergleichen Nichtigkeiten sollen ihm den Sporn der heutigen Gesellschaftsordnung für die Arbeit ersetzen.

Die sozialdemokratische Arbeitsordnung will der Gerechtigkeit und der Forderung der sozialen Gleichheit entsprechen und ist doch in Wahrheit die denkbar ungerechteste Ordnung und zugleich diejenige, welche mit ihrer mechanischen Gleichheit in Wahrheit die tollste Ungleichheit in sich schließt, indem sie für ungleiche Leistung die gleiche Gegenleistung gewährt. Die Arbeit in den verschiedenen Zweigen ist eine durchaus verschiedene, nicht bloß nach dem Grade der Vorbildung, sondern auch nach dem Maß der Anstrengung, der Schwierigkeit, der Unbequemlichkeit, der Gefährlichkeit. Wenn hierfür nun weder in der Verschiedenheit des Lohnes, noch auch der Arbeitszeit ein Ausgleich gefunden wird, so ist die natürliche Folge, daß zu der leichten, angenehmen, gefahrlosen Arbeit ein großer Andrang stattfinden muß und bei der Arbeit von entgegengesetzter Beschaffenheit ein desto größerer Arbeitsmangel Platz greift. Zugleich versichert nun aber Bebel Seite 163, daß im sozialdemokratischen Staat „jeder dort thätig ist, wohin Neigung und Geschicklichkeit ihn weisen.“ „Das Bedürfnis auf Freiheit der Wahl und Abwechslung der Beschäftigung ist tief in der Menschennatur begründet.“ Letzteres ist an sich gewiß richtig.

Aber sehen wir zunächst von der schönen Freiheit der Abwechslung ab: wie vermag denn gerade der sozialdemokratische Staat auch nur eine Freiheit der Wahl zu ermöglichen? Die Hauptsache bei der sozialdemokratischen Staatsleitung, so versichert uns Bebel, freilich an anderer Stelle (Seite 153), ist, die „blinde Produktion“ zu beseitigen, indem man Zahl und Art der Arbeitskräfte feststellt, ebenso die Arbeitsmittel, die Leistungsfähigkeit, die Vorräte, das Bedürfnis an den verschiedensten Lebensmitteln auf den Durchschnittsbedarf der Bevölkerung berechnet und auf Grund der Statistik als der wichtigsten Hilfswissenschaft in der neuen Gesellschaft das Maß für die gesellschaftliche Thätigkeit bestimmt. — Wenn sich nun nach diesen statistischen Berechnungen beispielsweise ein Soll von 10,000 Arbeitskräften herausstellt und es melden sich 20,000, wo bleibt dann die freie Wahl des Einzelnen? Und wenn umgekehrt für einen Arbeitszweig, welcher 10,000 Kräfte verlangt, sich nur 5000 melden, wo bleibt da die Freiwilligkeit, um die verlangte Arbeit bewältigen zu können?

Bebel sucht zunächst sich über diese Widersprüche hinaus zu phantastieren. Bald vertraut er, daß „unangenehme widerliche Arbeiten auf mechanischem resp. chemischem Wege verrichtet und durch irgend einen Prozeß in angenehme Arbeit umgewandelt werden“ (S. 165), bald giebt er sich der Hoffnung hin, daß „wo Unternehmungen ins Werk gesetzt werden, bei denen Gefahr in Aussicht steht, es Freiwillige in Menge geben wird“ (S. 158). Und wenn beides nicht der Fall, dann „tritt die Verpflichtung ein, die jeden nötigt, sobald die Reihe an ihn kommt, seine Leistung zu vollziehen. Da giebt's keine falsche Scham und keine blödsinnige Verachtung nützlicher Arbeit“ (S. 165). Ma-

ob nicht der Zwang die widerliche Arbeit noch widerlicher, die Ungewohntheit solche Verrichtungen noch lästiger, die mangelnde Übung die gefährliche Arbeit noch weit gefährlicher gestaltet! Und dabei kann es sich hier gar nicht bloß um einzelne wenige Ausnahmeverrichtungen handeln, für welche sich keine Freiwilligen finden, die ganze Einrichtung des gleichen Lohnes und der gleichen Arbeitszeit verhindert von vornherein jeden natürlichen Ausgleich und führt allgemein dazu, daß, je schwieriger und lästiger Arbeitszweige sind, desto mehr der äußere Zwang angewendet werden muß, um die dazu erforderlichen Arbeiter auszuheben.

Der einzelne Arbeiter kann sich solchem Zwang auch gar nicht entziehen, denn nur durch Vermittlung des Staates und seiner Behörde kann er ja überhaupt einen Anteil an der Produktion erhalten. Will er nicht dasjenige arbeiten, was ihm angewiesen wird, so bleibt ihm nur die Wahl, entweder dorthin auszuwandern, wo es noch keine sozialdemokratische Weltordnung giebt, oder Hungers zu sterben. Der „Holligkeit bei Wasser und Brot“, welche der Roman Bellamy's als ultima ratio der Sozialdemokratie vorsieht, bedarf es also gar nicht einmal. Der Hunger thut es schon ohne solche besonderen Anstalten.

Und nun vergegenwärtige man sich die furchtbare Macht einer Behörde, welche souverän darüber entscheidet, was der Einzelne zu arbeiten hat und welche darüber auch unbedingt entscheiden muß, weil ja sonst ihr ganzer Produktionsplan zerstört werden würde und die von Bebel verabscheute „blinde Produktion“ ja eben die Folge der freien Berufswahl sein müßte. Der Arbeiter befindet sich der sozialdemokratischen Behörde gegenüber genau in der Lage eines zu lebenslänglicher Haft verurteilten Zuchthäuslers. Auch im Zuchthause besteht gleiche Arbeitspflicht, gleiche Arbeitszeit, gleicher Unterhalt und dazu verschiedenartige Beschäftigung nach Entscheidung des Direktors. Nur insofern sind die Zuchthäusler noch besser gestellt, als die sozialdemokratischen Arbeiter der Zukunft, weil es ihnen ermöglicht wird, einen Extraverdienst durch besonders fleißige Arbeit zu erlangen und diesen Verdienst zu besonderen kleinen Genüssen nach freier Wahl zu verwenden. Ohne dieses Zugeständnis an die soziale Ungleichheit erachtet die heutige Gesellschaftsordnung selbst für die schlimmsten Verbrecher das Zuchthaus für eine zu unmenschliche Strafe.

10. Die Organisation von Kunst und Wissenschaft.

Das ganze sozialdemokratische Programm ist darauf zugeschnitten die unterste Klasse einfacher ungelernter Arbeiter, die in Schlafstellen, liegen, nichts, nicht einmal ein Spartassenbuch besitzen, aus der Hand in den Mund leben, anzuziehen. Daß auch diese in der sozialdemokratischen Ordnung noch verlieren müssen in der Höhe ihres Lohnes und vor allem durch Aufhebung der Freizügigkeit, in der Wahl des Arbeitgebers, wird nach Möglichkeit verschwiegen. Schwieriger ist es, vorgebildeten Arbeitern, vor allem aber Männern der Kunst und Wissen-

schaft es plausibel erscheinen zu machen, daß eine sozialdemokratische Gesellschaftsordnung ihnen Vorteil bringen kann. Auf den Grundsatz des gleichen Arbeitslohnes kann die Sozialdemokratie ihnen zu Liebe nicht verzichten, denn erd Neid und die Begehrlichkeit, auf welche die Sozialdemokratie in den schlechter gestellten Schichten spekuliert, würde sich sonst gegen das eigene Programm kehren.

Die sozialdemokratische Gesellschaft, so schreibt Bebel S. 165, kann nicht verpflichtet sein, Kunst und Wissenschaft besonders zu honorieren, weil beides nur das Produkt der Gesellschaft ist. „Was immer einer ist, das hat die Gesellschaft aus ihm gemacht. Die Ideen sind ein Produkt, das durch den Zeitgeist, im Kopfe des Einzelnen erzeugt wird.“ S. 164. Es giebt also nach Bebel einen gewissen geistigen Bacillus, der jedem ohne eigenes Zutun angeweht wird, welchen man in Bildungsanstalten der Ansehungsfähigkeit durch diesen Bacillus aussetzt. Daraus ergibt sich denn für Bebel auch weiter (S. 165), daß kein Unterschied zwischen „höherer“ und „niederer“ physischer Arbeit bestehen kann, wie z. B. heute ein Mechaniker sich unendlich höher dünkt, als ein Tagelöhner, der Straßenarbeiten und dergleichen verrichtet. — Der heut bestehende Gegensatz zwischen Kopfarbeit und Handarbeit wird aufgehoben S. 161. Wie hier der Zeitgeist solche Unterschiede aufhebt, so hat im sozialdemokratischen Staat, wie wir schon im vorigen Abschnitt gesehen, „die ganze moralische Atmosphäre“ den Unterschied zwischen Faulen und Fleißigen beseitigt.

Nach Bebel wird ein Unterschied zwischen dem geistigen und dem körperlichen Arbeiter allerdings darin bestehen, daß der geistige Arbeiter seine geistige Arbeit noch zu leisten hat, nachdem er schon vorab die für alle vorschriftsmäßige Arbeitszeit mit körperlicher Arbeit zugebracht hat. „Die künftige Gesellschaft wird Gelehrte und Künstler jeder Art und in ungezählter Menge besitzen, die einen mäßigen Teil des Tages fleißig physisch arbeiten und in der übrigen Zeit nach Geschmack ihrem Studium und Künsten obliegen.“ Bebel meint, daß gerade diese Abwechslung vom Einerlei des Tagesberufes einen Reiz bieten würde, sich bei geistiger Arbeit zu erholen, nachdem man der physischen Arbeit seinen Tribut gezollt. Dazu würde natürlich bei Gelehrten und Künstlern auch noch der vorschriftsmäßige Reihendienst bei besonders unangenehmen und gefährlichen Arbeiten kommen. Es ist nicht bekannt geworden, ob die in geistiger Arbeit beschäftigten Redakteure großer sozialdemokratischer Blätter die Probe auf die Abwechslung machen, indem sie die eine Hälfte des Tages als Setzer, die zweite Hälfte als Schriftsteller fungieren. Es würde der Setzerei wie der Schriftstellerei solcher Wechsel gleichmäßig schlecht bekommen.

Indessen phantasiert sich die Sozialdemokratie darüber hinweg, durch die willkürliche Vorstellung, daß die Arbeitszeit überhaupt in der sozialdemokratischen Gesellschaft so niedrig bemessen werden kann, daß jede Beschäftigung nur einer Spielerei gleichkommt. Alles macht sich ja nach Bebel „spielend.“ Die Lohnerwerfstätten und Laboratorien werden so ausgezeichnet sein, daß sie „spielend“ in die Wissenschaften einführen. Allen Einwendungen gegen die Gleichheit der Arbeitszeit und des Arbeitsertrages von Seiten der künstlerisch vorgebildeten Arbeiter wird damit die Spitze abzubrechen versucht, daß man die Phantasie

auffordert, sich vorzustellen, es werde im sozialdemokratischen Staat der gleiche Lohn einen noch höheren Betrag erreichen, als ihn heute der künstlerisch oder wissenschaftlich gebildete Arbeiter beansprucht. Im Uebrigen wird alle Hoffnung auf den Ehrgeiz gesetzt. „Der Ehrgeiz, zu erfinden, zu entdecken, wird im höchsten Grade angeregt, einer wird an Vorschlägen und Ideen den andern zu überbieten suchen.“ (Bebel S. 154.) Bellamy hilft hier der Phantasie Bebels noch etwas nach, indem er ein rotes Band einführt, welches als höchste Ehrenbezeugung der Nation durch Volksabstimmung den großen Autoren, Künstlern, Ingenieuren, Ärzten und Erfindern des Zeitalters zuerkannt wird. „Nicht über hundert tragen es zu gleicher Zeit, obgleich jeder befähigte junge Mann im Lande zahllose Nächte schlaflos verbringt, träumend von jener Ehre.“

Die Künstler und Gelehrten verspricht die Sozialdemokratie außerdem von der „Kapitalherrschaft“ zu befreien. In Wahrheit würden dieselben unter die unbedingte Herrschaft der sozialistischen Staatsbehörde geraten, während sie jetzt sich konkurrierender Nachfrage gegenüber befinden. Der Staat allein besitzt ja in der sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung Arbeitsmittel, er allein besitzt Druckereien, Werkstätten, Rohstoffe, und ist auch allein imstande, Vorschüsse zu geben zum Unterhalt bis zur Fertigstellung eines Buches, eines Kunstwerkes, einer Erfindung. Würdigt die Regierung eine Erfindung nicht, so ist dieselbe überhaupt für nichts gemacht. Sie allein hat ja das Kapital zur Ausführung. Was dem Kunstgeschmack der regierenden Gewalten nicht zusagt, findet überhaupt keinen Abnehmer; denn so hoch wird der gleiche Arbeitsertrag selbst in der sozialdemokratischen Phantasie nicht angenommen, daß er für Private auch noch zureicht zum Ankauf von Gemälden und Bildwerken. Das Volk, so erzählt Bellamy, stimmt ab über die Aufnahme von Statuen und Gemälden in die öffentlichen Gebäude. Vermutlich soll in dieser einfachen Weise auch der Preis festgestellt werden. Fällt die Abstimmung günstig aus, so erläßt das Volk dem Künstler für eine dem Wert seiner Arbeit entsprechende Zeit andere Arbeit, sodaß er eine Zeit lang weiter malen darf. Und wird der Ankauf abgelehnt? Hier klappt eine Lücke in Bezug auf den Ersatz der aufgewendeten Kosten und der dem Staat verloren gegangenen anderen Arbeitszeit des Künstlers.

Alle Ärzte und Rechtsanwälte will die Sozialdemokratie schon in der heutigen Gesellschaftsordnung, wie aus den jüngsten Verhandlungen des Parteitagcs in Halle hervorgeht, zu Staatsbeamten machen. Die ärztliche Behandlung und die Vertretung vor Gericht hat unentgeltlich zu erfolgen. Die Rehrseite der Sache ist natürlich, daß sich niemand seinen Arzt und Rechtsanwalt frei wählen kann. Bellamy versucht auch hier einen Ausweg. Die Wahl der Ärzte ist bei ihm frei, aber die beliebten Ärzte verdienen darum nicht mehr. Nur der Staat verdient mehr durch sie; der Arzt zieht sein Honorar für die Nation ein, „indem er den Betrag nach der Medizinaltage aus der Kreditkarte des Patienten aussticht.“ Hier erlaubt sich in dem Roman von Bellamy der aus dem Jahr 1887 in die sozialdemokratische Weltordnung Verschlagnene die Zwischenfrage, ob dann nicht die guten Ärzte fortwährend in Anspruch genommen würden und die anderen müßig bleiben. Hierfür

aber hat Dr. Reete nur die Abfertigung, daß es in der sozialdemokratischen Zukunft schlechte Aerzte überhaupt nicht geben werde, auch kein Arzt ein Interesse habe, seine Praxis auf Kosten anderer zu vergrößern und endlich die Medizinalbehörde den nicht hinreichend beschäftigten Aerzten Praxis zuweisen werde. — Hier erscheint also wieder die zwangsweise Zuteilung von Kranken im Hintergrunde; der Kern der Frage aber, wie es gehalten werde, wenn die Patienten die Praxis beliebter Aerzte zu vergrößern trachten, wird unterschlagen. Gilt für Aerzte überhaupt noch der Bebel'sche Maximalarbeitstag von vier Stunden? Wsdann muß jeder, je nach der Tageszeit seiner Erkrankung, sechs verschiedene Aerzte im sozialdemokratischen Staat zur Verfügung haben.

Wie denken sich die Sozialdemokraten das Verhältnis der Presse gegenüber ihrer Staatsleitung? Da es Privatkapital nicht giebt, die Konkurrenz aufhört und der Staat der einzige Unternehmer ist, so kann auch nur der Staat Zeitungen herausgeben. Es kann also nur soweit etwas gedruckt werden, wie es der Staatsleitung paßt und es die Zensur derselben passiert. Wo bleibt da die Opposition, die Kritik und der Fortschritt? Bebel spricht sich über diesen heiklen Punkt nicht aus. Bellamy aber meint, die Staatsregierung müsse jedem gestatten, eine Zeitung herauszugeben, welcher eine hinreichende Zahl von Abonnenten nachweisen könne, um die Kosten des Blattes zu decken. Die Abonnenten sollten dann die Redaktion wählen und entlassen. Danach müßte man also zuvor Abonnenten haben, ehe das Blatt erscheinen kann. Diese Abonnenten müssen sich auch mindestens für Jahresfrist binden, weil andernfalls ja Verluste für den Staat entstehen. Ein Schriftsteller, der solche Abonnenten hat, brauchte auch in der heutigen Gesellschaft um das erforderliche Kapital nicht besorgt zu sein. Wo aber bleiben in der sozialdemokratischen Ordnung die Schriftsteller, welchen das Publikum nicht vor dem Erscheinen des Blattes den Abonnementspreis für ein Jahr zu kreditieren geneigt ist? Immerhin verursacht in der sozialdemokratischen Ordnung auch unter jenen Voraussetzungen die Herausgabe eines neuen Blattes doch eine Konkurrenz für bereits bestehende Blätter. Hier käme also der Teufel der freien Konkurrenz in die sozialdemokratische Ordnung durch eine Hinterthür wieder hinein. Ebenso ist Bellamy in Verlegenheit, wie es mit der Herausgabe von Büchern im sozialdemokratischen Staat gehalten werden soll. Er meint, daß die Kosten der ersten Auflage von gewöhnlichem Umfange der Schriftsteller zu bestreiten hätte. Bei Sparsamkeit und einigen Entbehrungen würde der Schriftsteller dies ermöglichen. Die armen Schriftsteller! Auch hier hat Bellamy übersehen, daß mit der Herausgabe neuer Bücher Konkurrenz entsteht gegenüber bereits vorhandenen Büchern, und deshalb auch an diesem Punkt das ganze romanhafte Kartenhaus seiner sozialdemokratischen Zukunft zusammenbricht.

11. Das Geld der Zukunft.

Bebel schreibt in seinem Buch über die „Frau“ S. 162: „Da es in der neuen Gesellschaft keine Waren giebt, so giebt es auch kein Geld. Ein Zertifikat, ein bedrucktes Stückchen Papier, Gold oder Blech,

befcheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, dieses Zeichen gegen seine Bedürfnisgegenstände von der verschiedensten Art einzutauschen."

Im sozialdemokratischen Staat würde allerdings der Einzelne sich nur mit dem Staat selbst zu berechnen haben. Der Staat allein ist Arbeitgeber und zahlt daher auch allein einen Lohn. Ebenso ist der Staat alleiniger Produzent und kann daher auch allein Bedürfnisgegenstände verabsorgen. Es bedarf daher eines Vermittlers für den Austausch von Leistung und Gegenleistung nur im Verhältnis zwischenden Einzelnen und dem Staat. Daher würden hierfür auch Kreditscheine des Staates, Anweisungen auf die Staatsmagazine ausreichen, welche für sich allein keinen selbständigen Wert besitzen. Bebel aber spricht von "Gold oder Blech". Mit dem Gold käme aber der Teufel der jetzigen Weltordnung wieder in den sozialdemokratischen Staat hinein; denn Gold hat einen selbständigen Metallwert, kann leicht aufbewahrt werden, und würde somit der Besitz von Goldstücken die Möglichkeit gewähren zur Anhäufung von Werten, zum Loskaufen von der allgemeinen Arbeitspflicht und selbst zu Darlehen gegen Zins. So weit hat sich Bebel nicht einmal die logische Folge seines Vorschlages überdacht. Bellamy in seinem Roman ist darin konsequenter, er kennt nur Kreditscheine. Von dem für eine gewisse Periode als Gegenleistung für die gelieferte Arbeit ausgestellten Kreditschein des Staates löst der Staatsbeamte bei Entnahme von Waren seitens des Inhabers einen Kupon ab oder locht einen solchen ein.

Bebel meint, der allgemeine Wertmesser für den Austausch von Arbeit gegen Bedürfnisgegenstände müsse die Arbeitszeit sein. An der Arbeitszeit allein könne der Gebrauchswert der Gegenstände bemessen werden. „Zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem Gegenstand tauschen mit zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeit in einem andern Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger.“ Bebel beruft sich dabei auf Friedrich Engels: „Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in 100 Quadratmetern Tuch von bestimmter Qualität stecken.“

Aber ein Hektoliter Weizen aus derselben Ernte hat doch immer denselben Wert, ganz unabhängig von der auf die Erzeugung des einzelnen Hektoliters Weizen verwandten Arbeitszeit! Das Maß dieser Arbeitszeit ist auch, abgesehen von der Verschiedenheit der Arbeiter, nach der Verschiedenheit des Bodens ein durchaus verschiedenes, auch wenn die Ackerwerkzeuge überall dieselben sind. Der Kulturzustand des einzelnen Ackers hängt auch nicht bloß von den natürlichen Verhältnissen desselben, sondern auch von dem Umfang der vor dem letzten Erntejahr schon auf denselben verwandten Kulturarbeit ab.

Nicht bloß die aufgewandte Arbeitszeit, sondern auch das aufgewandte Kapital bedingt das Maß des Ertrages. Es bedarf auch sonst überall bei der Produktion neben der Arbeit nicht bloß der Rohstoffe und der Hilfsstoffe, sondern auch stehender Maschinen und sonstiger Arbeitsmittel aller Art. Die Herstellung dieser hat seiner Zeit auch Arbeit gekostet. Es ist darum ebenso falsch, wenn Bebel in einem Beispiel den Wertunterschied von Anzügen nur berechnen will darnach,

miewiel Stunden der Schneider dabei gebraucht hat. Es kommt außerdem schon in Betracht, miewiel Arbeitszeit die Herstellung des Tuches aus der Wolle erforderte. Die Arbeitszeit hier aber ist wiederum bedingt durch die Mitwirkung von Maschinen, deren Herstellung wiederum Arbeitszeit kostete. Auch die Herstellung der Wolle setzt einen Aufwand von Arbeit bei der Schafzucht voraus. Wir wären begierig auf das Rechenexempel, welches hiernach aufgestellt werden muß, um die in einem Tuchrock stekende Arbeitszeit zu berechnen.

Das Verhältnis, in welchem einerseits Arbeitszeit und andererseits Arbeitsmittel bei der Herstellung eines Produktes in Anspruch genommen werden müssen, ist bei allen Waren ein durchaus verschiedenes. Beim Einsammeln wild wachsender Frucht kommt fast nur Arbeitszeit in Betracht, bei andern Gegenständen bildet der Arbeitslohn nur einen kleinen Prozentsatz der Herstellungskosten. Wollte die sozialdemokratische Ordnung bei solchen Gegenständen den Preis gering bemessen nach Verhältnis nur des Arbeitslohnes, so würde sie die Stoffe, den sachlichen Aufwand zur Herstellung, zugeben müssen und bei solcher billigen Preisnormierung gegenüber einer großen durch die Billigkeit erzeugten Nachfrage bankrott machen, das heißt außerstande gesetzt werden, die durch die Produktion aufgebrauchten Vorräte und abgenutzten Werkzeuge wieder zu ergänzen.

Nun ist es aber überhaupt ein Grundirrtum der Sozialdemokratie, daß die Arbeit allein den Wert bedinge. Was nützt der Aufwand der fleißigsten Arbeit auf einen Gegenstand, wenn man dieses Gegenstandes nicht bedarf! Dieser Widerspruch kann nur dadurch gelöst werden, daß der sozialdemokratische Staat jedermann nicht bloß vorschreibt, was er produzieren, sondern auch, was er konsumieren soll. Bebel scheint sich aber dieser notwendigen Konsequenz nicht bewußt zu sein. Er meint beispielsweise: „Kostet die Herstellung eines feinen Anzuges 20 Stunden gesellschaftlicher Arbeitszeit, man will aber nur 18 an einen solchen wenden, so kann man auch einen solchen haben.“ — Sobald man aber erst eine solche Wahl dem Publikum im sozialdemokratischen Staate läßt, ob es lieber feinere oder gröbere Röcke konsumieren will, so riskiert der sozialdemokratische Staat, daß er mehr feine oder mehr grobe Röcke produziert, als Nachfrage vorhanden ist. Die ganze Produktion wird alsdann wieder eine „blinde“, man läuft Gefahr, zu viel oder zu wenig Röcke der einen oder der andern Art zu produzieren. Und wie mit den Röcken, so ist es auch mit allen andern Sachen. Wenn der Umfang des Bedarfs aller Einzelnen an Röcken jeder Art nur unvollkommen in der heutigen Gesellschaft von Tausenden von Schneidern und Händlern vorhergesehen werden kann, wie will dann eine einheitliche in den Wolken thronende Zentralstelle diesen Bedarf berechnen? Etwa nach dem Bedarf früherer Jahre? Aber der Bedarf wechselt nicht bloß mit der Veränderung des Geschmacks, sondern schon weil der Ernteertrag wechselt und dieser Wechsel auf die Nachfrage auch nach allen andern Gegenständen zurückwirkt, welche nicht von der Ernte abhängen. Denn je mehr Aufwand beispielsweise erforderlich ist, um die notwendigen, in ihrem Umfang von der Ernte abhängigen, Lebensmittel beschaffen zu können, desto weniger erübrigt für andere zur Zeit mehr oder weniger entbehrliche Dinge.

Der Roman von Bellamy läßt jeden Menschen für die geleistete Arbeit ein gleichwertiges Zertifikat zukommen, aber überläßt dem Einzelnen die freie Wahl, ob er daraufhin mehr für Wohnung oder mehr für Kleidung, für Nahrung oder mehr für Bücher oder dergl. ausgeben will. Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen genau dieselbe Unsicherheit der Nachfrage entstehen muß, wie in der heutigen Gesellschaft. Ueberproduktion, Krisen, Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Ein solches Mißverhältnis wird heute ausgeglichen durch die Preisschwankungen; die im Verhältnis zum Angebot große Nachfrage treibt den Preis ebenso in die Höhe wie die zu geringe Nachfrage denselben herabdrückt. Der höhere Preis vermindert ebenso die Nachfrage, wie der herabgesetzte Preis dieselbe vermehrt. Veblen kennt aber nur feste Preise, welche er, wie erörtert, je nach der Arbeitszeit bemessen will. Bei festen Preisen aber verlieren die zu hoch im Preise gehaltenen Gegenstände zum Nachteil des Ganzen an ihrem Gebrauchswert, während die zu billig verkauften Gegenstände alsbald Gegenstand des Zwischenhandels werden, bis sie in die Hände desjenigen gelangen, welcher ihnen den höchsten Gebrauchswert heimischt. So kommt also auch an diesem Ende die Natur der Dinge derartig zum Durchbruch und wirft den ganz phantastischen Blunder über den Haufen.

Entweder man erkennt die heutige der Natur der Dinge und der Menschen entsprechende Gesellschaftsordnung an, oder man gerät in unerbittlicher logischer Folge aus einem Zwangssystem in das andere, aus der zwangsweisen Produktion in die zwangsweise geregelte Konsumtion. Das Programm der sozialdemokratischen Partei, welches „jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen gerecht werden“ will, führt dazu, von Staatswegen festzustellen, was für jeden vernunftgemäßes Bedürfnis ist. Die sozialdemokratische Staatsordnung kann nicht anders bestehen, als daß sie jedem, genau sowie es in der Kaserne geschieht, die Brotration, die Menageportion, die Unterkunft, die Bekleidung und deren Tragezeit vorschreibt. Ja sie kann, da bei ihr nicht, wie bei der Kaserne, außerhalb ihres staatlichen Organismus ein freier volkswirtschaftlicher Organismus besteht, nicht einmal dem Einzelnen eine geringe Löhnung gewähren, aus der er nach seiner Wahl noch etliche Bedürfnisse bestreiten kann, welche über die reglementsmäßige Verpflegung hinausgehen. Denn selbst die Kantinenwirtschaft der Kasernen setzt einen freien bürgerlichen Organismus außerhalb der Kaserne voraus, aus welchem sie ihre Vorräte nach Bedarf entnimmt.

Es hat ja freilich auch nicht an Generalen gefehlt, welche das Los der Soldaten in der Kaserne als ein glückliches im Verhältnis zu der freien bürgerlichen Existenz preisen und es mit den Vorzügen einer Ferienkolonie für den Arbeiter vergleichen. Aber abgesehen davon, daß das Kasernenleben nicht denkbar ist ohne eine freie bürgerliche Gesellschaft, welche durch ihre Arbeit die Steuern zum Unterhalt der Kasernierten aufbringt, wird die ganze zwangsweise Regelung aller Lebensverhältnisse in den Kasernen derart drückend empfunden, daß selbst diejenigen, welche unter bürgerlichen Verhältnissen keine bessere und vielleicht sogar eine schlechtere Existenz als in der Kaserne haben, den Tag ihrer Entlassung sehnsüchtig erwarten, sodas es immer schwer

fällt, auch nur Kapitulanten zu erhalten, welche sich durch Aussicht auf Zivilversorgung für das spätere Leben bestimmen lassen, in der Stellung von Unteroffizieren im Dienst zu bleiben. Der sozialdemokratische Staat gewährt aber nicht einmal solche Zivilversorgung, auch alle Avancierten haben dort nach dem Grundsatz der sozialen Gleichheit kein besseres Leben zu erwarten als die letzten Rekruten in der Arbeiterarmee.

12. Die sozialdemokratische Staatsregierung.

Wenn überhaupt eine Organisation der Produktion und der Konsumtion ausführbar wäre, wie sie das sozialdemokratische Programm vorzeichnet, so würden die Staatsleiter, welche an der Spitze stehen, mit einer so despotischen Gewalt bekleidet werden müssen, wie sie in dieser Ausdehnung niemals auch nur im Orient bestanden hat. Denn in dieser sozialdemokratischen Ordnung ist alles auf die Weisheit und die Gerechtigkeit der obersten Leitung gestellt. Diese bemisst den Umfang und die Art der Produktion, die Betriebsweise, den Lohn und die Arbeitszeit, sie erläßt die Vorschriften für die Konsumtion. Alles, was in der heutigen Gesellschaft durch das konkurrierende Interesse von Millionen im Interesse der Gesamtheit geregelt ist, wird hier auf einen Einzelwillen gestellt. Von diesem Willen hängt die Gestaltung des Ganzen und hängt auch wieder das Schicksal des Einzelnen ab, diejenige Arbeitsstelle und dasjenige Arbeitsfeld, welches dem Einzelnen zufällt. Keinem Zwischengliede, keiner örtlichen Stelle kann eine selbständige Entscheidung zugemessen werden; da alles ineinander greifen muß, die Ordnung an einer Stelle durch die Ordnung an einer anderen bedingt wird, so ist nur eine einheitliche oberste Gewalt denkbar, welche die volle Uebersicht besitzt und die Harmonie des Ganzen aufrecht erhält. Selbst die Phantasie reicht nicht aus, einen idealen Menschen auch nur zu träumen, welcher befähigt wäre, eine solche Stelle einzunehmen, auch wenn an dieser obersten Stelle mehr als der vierstündige Arbeitstag verlangt und derselben ausnahmsweise ein höherer Lohn gewährt werden sollte. Hier müssen schon überirdische Vorstellungen von einem zur Erde herabgestiegenen göttlichen Wesen dazu kommen, um die Möglichkeit einer irdischen Vorsehung zu denken, wie sie der sozialdemokratische Staat voraussetzt.

Die oberste Gewalt kann auch nur eine unumschränkte sein. Das Tausendfache der Anforderungen, welche die heutige Gesellschaft an einen Monarchen oder Präsidenten stellt, würde der oberste Leiter des sozialdemokratischen Staatswesens zu erfüllen haben. Niemand außer ihm würde eine Uebersicht haben können, um den Anspruch zu erheben, auf den Willen des Staatsleiters bestimmend einzuwirken. Zahllose, sich unablässig drängende Entscheidungen zur Regelung wechselnder Verhältnisse müßten unausgesetzt getroffen werden, die keinen Aufschub dulden und deshalb auch keine vorherigen Beratungen irgend welcher Kollegien gestatten. Schon der Betrieb einer Postverwaltung oder einer

größeren Staatseisenbahnverwaltung läßt heutzutage kaum noch eine parlamentarische Mitwirkung oder Kontrolle zu. Im sozialdemokratischen Staat würde dieselbe ganz und gar ausgeschlossen sein.

Man sagt, im sozialdemokratischen Staat würde es keine Gesetze, keine Polizei, keine Richter, keine Gefängnisbeamten geben. Dem Namen nach vielleicht nicht, in der Sache aber würde das schärfste System der Zwangsgewalten, was man sich ausdenken kann, noch nicht ausreichen, um die Ordnung im sozialdemokratischen Staat aufrecht zu erhalten. Gesetze nennt man heute jede Anordnung des Staats, welche die Rechtsverhältnisse der Einzelnen im Verhältnis zu einander oder zum Staate regelt. Im sozialdemokratischen Staat giebt es aber kein Lebensverhältnis, welches nicht von oben herab durch Zwangsgebote des Staats geregelt werden müßte. Je mehr Anordnungen dieser Art, desto mehr Uebertretungen, und je mehr Uebertretungen, desto mehr Personen, welche berufen sind, über die Innehaltung der Ordnung zu wachen und die Uebertretungen zu ahnden.

Steuern werden zwar im sozialdemokratischen Staat nicht erhoben, aber nur aus dem Grunde, weil hier der Staat nicht vom Einzelnen nimmt, sondern überhaupt dem Einzelnen von vornherein nur soviel zukommen läßt, wie nach Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse übrig bleibt. Das Militär glaubt der sozialdemokratische Staat entbehren zu können. Das wird aber doch in erster Reihe von der Friedensliebe der Nachbarn ebenso abhängen, wie das Heerwesen im heutigen Staate von den internationalen Verhältnissen bedingt wird. Je mehr nach sozialdemokratischer Ordnung die Staatsgewalt selbst sich ausdehnt, desto eher sind gerade Reibungen zwischen den Staatsgewalten verschiedener Völker denkbar, welche zum Kriege führen.

Während von den Leitern im sozialdemokratischen Staat tausendmal mehr abhängt als von den heutigen Staatsleitern, glaubt Bebel der Frage, wie die oberste Zentralverwaltung zu bilden sei, wenig Bedeutung beilegen zu „können, denn es handelt sich nicht um die Besetzung von Posten, die besondere Ehre, größere Gewalt und höheres Einkommen einbringen, sondern um Vertrauensposten, wozu man die Brauchbarsten, ob Mann, ob Frau nimmt, die man entläßt und wieder wählt, wie es das Bedürfnis und die Stimmung der Wählenden mit sich bringt. Es sind Posten, die von jedem nur auf Zeit eingenommen werden. Eine besondere „Beamtenqualität“ haben also die Inhaber dieser Stellen nicht, denn es fehlt die Eigenschaft dauernder Funktion und die Möglichkeit des Avancements.“ (S. 152). Bei vorgeschrittener Organisation und bei höherer Durchbildung aller Glieder sei es nicht ausgeschlossen, daß die Leiter der einzelnen Abteilungen und Arbeitszweige einfach alternierend werden, die in gewissen Zwischenräumen nach einem bestimmten Turnus alle Beteiligten ohne Unterschied des Geschlechts übernehmen. (S. 159.)

Während die sozialdemokratische Organisation an die staatliche Leitung überall die denkbar höchsten Anforderungen stellt, sieht sich Bebel, um „die soziale Gleichheit“ zu wahren und die Eifersucht der Regierten zu vermeiden, genötigt, das Zugeständnis eines einfachen Wechsels aller Beteiligten bei Wahrnehmung der leitenden Stellen zu

machen, ein Widerspruch, wie er toller allerdings nicht gedacht werden kann. — Unfers Wissens gibt es nicht einmal einen sozialdemokratischen Verein, in welchem die einfachen Geschäfte eines Vorsitzenden alternierend von sämtlichen Mitgliedern nach einem bestimmten Turnus wahrgenommen werden. Auch die sozialdemokratischen Parteiführer denken nicht daran, die Parteileitung alternieren zu lassen; es sind jahraus, jahrein, wenn auch in der Form der Wiederwahl, stets dieselben Führer an der Spitze.

Bebel meint, die Betriebsleiter würden keine Zuchtmeister sein, sondern einfache Genossen, welche die ihnen übertragenen verwaltenden Funktionen anstelle einer produzierenden ausüben. (S. 152) Das ist ein Wortspiel. Es muß die denkbar straffeste Zucht geübt werden, wenn anders die ganze Maschinerie überhaupt auch nur in der Theorie in Ordnung gehalten werden soll. Jedermann muß sich auch diese Zucht ohne weiteres gefallen lassen, denn eine Kündigung ist ausgeschlossen, weil es andere Arbeitgeber neben dem Staat nicht giebt, und der sozialdemokratische Staat bei einem Streik nur einfach die Zentralanstalten für Nahrungsbereitung zu sperren braucht, um durch die Gewalt des Hungers zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen.

Allerdings sollen die Arbeiter ihre Leiter wählen dürfen. Aber kann thatsächlich irgend eine Wahlfreiheit bestehen, wenn der Betreffende sich in allen seinen Lebensverhältnissen in der sklavischsten Abhängigkeit von der Verwaltung befindet?

Ganz so widersinnig wie Bebel will auch hier der Romanschriftsteller Bellamy den sozialdemokratischen Zukunftsstaat nicht organisiert sehen. Er führt aus, daß die Wahl des Arbeitsleiters durch die Arbeiter die Disziplin zerstöre. Die Armee der Arbeiter dürfe nicht abstimmen. Bellamy erfindet deshalb die Auskunft, daß die Leiter der zehn großen Berufsämter, welche er mit Armeekorpskommandanten vergleicht, die Generalverwaltung, der Präsident oder die höchstkommandierende Person im Arbeiterstaat, gewählt werden durch die pensionierten Arbeiter, d. h. durch diejenigen, welche nach der Vorstellung Bellamys nach zurückgelegtem 45. Lebensjahre von jeder Arbeitspflicht entbunden worden sind.

13. Das häusliche Leben im Zukunftsstaate.

Nach dem sozialdemokratischen Programm hat die verheiratete Frau in gleicher Weise auf Arbeit zu gehen wie der Mann; denn, wie Bebel S. 151 schreibt, ist „die gleiche Arbeitspflicht aller ohne Unterschied des Geschlechts das erste Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft“. Die Sozialdemokratie tröstet sich in ihrer willkürlichen Phantasia damit, daß im sozialdemokratischen Staat die Arbeitszeit überhaupt nur täglich 2—4 Stunden betragen werde.

Jedes Kind, das geboren wird, ob Mädchen oder Knabe, schreibt Bebel, „ist ein der Gesellschaft willkommenes Zuwachs, weil sie darin den Fortbestand ihrer selbst, ihre eigene Fortentwicklung sieht“. Mutter

und Kind werden nach Bebel in besonderen Kliniken untergebracht in bequemer Wohnung, angenehmer Umgebung mit aufmerksamer Pflege. Die Mutterbrust dem Kinde zu erhalten, solange als möglich und notwendig, sei selbstverständlich. Daß die Mutter mit dem jungen Kinde in der Wohnung verbleibt, oder dahin zurückkehrt, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil in dieser Wohnung irgend eine Pflege, Bedienung nicht vorhanden ist, denn, wie Bebel S. 191 schreibt, der Diensthote, dieser Hausklave ist verschwunden. In Bellamy's Roman ist letzteres freilich nicht ganz der Fall, denn wie dort Dr. Seete erzählt, „können wir uns bei einer allgemeinen Reinigung oder Ausbesserung oder bei Krankheit in der Familie stets die nötige Hilfe aus dem Heere der Arbeiter beschaffen“. — Most in seiner „Lösung der sozialen Frage“ (Berlin 1876), wollte auch das Scheuern der Wohnungen durch eine Säeueranstalt im Großen organisieren.

Wenn das Kind der Mutter entwöhnt ist, kann die Mutter in die Wohnung zurückkehren; aber das Kind selbst wird nunmehr andern Staatsanstalten übergeben. So schreibt Bebel S. 183: „Alle Bildungs- und Lehrmittel, Kleidung und Unterhalt werden für die Kinder von dem Staate gestellt. Kein Zögling wird gegen den andern benachteiligt.“ Hier wird natürlich in der Phantasie wieder vorausgesetzt, daß der sozialdemokratische Staat über so viele Mittel verfügt, um allen Kindern die denkbar beste Erziehung bis zu den Jahren der Mündigkeit zu gewähren unter Ausschluß jeder Arbeit der Personen unter 21 Jahren.

Die Kinder kommen also überhaupt nicht in die elterliche Wohnung. Wann aber kommen die Eltern selbst in ihre Wohnung? Alle Mahlzeiten müssen außerhalb vorgenommen werden, denn wie Bebel S. 186 schreibt, „das häusliche Leben wird sich auf das Notwendigste beschränken“. Es werden deshalb Zentralnahrungsbereitungsanstalten, Zentralreinigungsanstalten hergestellt, wo, wie Bebel S. 191 erzählt, auf mechanisch-chemischem Wege die Wäsche gewaschen, getrocknet, fertig gestellt wird. Hält man fest, so schreibt Bebel, daß außerdem Zentralheizung, Zentralbeleuchtung, kalte und warme Wasserleitung, genügend Bäder vorhanden sind, Wäsche und Kleidung in Zentralwerkstätten fabriziert wird, so ist das ganze häusliche Leben von Grund aus umgestaltet und vereinfacht: „Die kleine Privatküche in der einzelnen Wirtschaft, so bemerkt Bebel S. 191, ist ein überwundener Standpunkt, eine Einrichtung, bei der Zeit, Kraft und Material in unsinniger Weise vergeudet und verschleudert wird.“ Nebenbei bemerkt Bebel auch noch, daß der Nährwert der Speisen durch leichte Assimilierfähigkeit erhöht werden würde.

Vereinfacht wird auf diese Weise allerdings das häusliche Leben. Was bleibt denn aber überhaupt noch von einem individuellen Leben, einem Zurückziehen des Einzelnen oder von Mann und Frau aus der Gesamtheit übrig? Morgens, mittags und abends treten beide, abgesehen von der Arbeit in den Zentralwerkstätten, in den großen Zentralnahrungsbereitungsanstalten an, um Frühstück, Mittagmahl und Abendessen einzunehmen. Das häusliche Leben beschränkt sich infolge dessen nur auf das Schlafen. Die von der Regierung angewiesenen Wohnungen sind also nur Schlafstellen. Wollen Mann und Frau

ihre Kinder sehen, so wird ihnen dazu in den Erziehungsanstalten vielleicht zeitweilig Gelegenheit geboten. Wollen sie sich vergnügen oder lesen, so haben sie die öffentlichen Theater, Konzertsäle, Parks u. s. w. aufzusuchen. Bellamy in seinen Phantasiegebilden versichert freilich in seinem Roman, daß die sozialdemokratische Wohnung durch Telephon verbunden werden würde mit sämtlichen Konzerthäusern der Stadt, und daß in den Konzerthäusern Tag und Nacht unausgesetzt Musik gemacht wird, so daß der Sozialdemokrat der Zukunft mittelst des Telephons soaar durch Musik in Schlaf gewiegt werden kann.

Die Ehe wird, wie Bebel Seite 192 ausführt, ein Privatvertrag ohne Dazwischentreten auch nur eines Standesbeamten. „In der Liebeswahl ist die Frau frei so gut wie der Mann; sie freit oder läßt sich freien.“ Es steht also auch nichts entgegen, die Ehe durch Ueber-einkommen oder einseitig jeden Tag wieder aufzulösen, denn eine Pflicht zur gemeinschaftlichen Erziehung und Versorgung der Kinder ist nicht vorhanden, da der Staat diese Sorge abnimmt. Ein Erb-recht kommt ebenfalls nicht in Frage, da höchstens der geringe Hausrat in der besondern Wohnung vererbt werden kann. Eine weitere Ver-mögensauseinandersetzung ist auch nicht erforderlich, weil es kein Privatvermögen giebt. Einer Sicherstellung des Unterhalts der Frau bei der Scheidung bedarf es deshalb nicht, weil die Frau ja in der Ehe wie als unverheiratete Frau ebenso zu arbeiten hat, wie der Mann und dafür von dem Staat den gleichen Kreditbrief erhält zur Be-friedigung ihrer Bedürfnisse, soweit solche von der Staatsleitung aner-kannt werden. „Es wird der Himmel auf Erden sein“, ruft Bebel aus

14. Die Regulierung der Geburten.

Den Himmel auf Erden, so verspricht Bebel in seinem Buche über die „Frau“, würden die Menschen kennen lernen nach Herstellung der sozialdemokratischen Weltordnung. Am Schlusse seines Buches aber wirft Bebel selbst sich die Frage auf, ob nicht die Zahl der Glücklichen in der sozialdemokratischen Welt so groß werden würde, daß infolge von Uebervölkerung wieder eine Verkümmernng der Lebenshaltung ein-treten muß. Die Frage liegt den Sozialdemokraten allerdings sehr nahe nach der Theorie Ferdinand Lassalle's vom „ehernen Lohngesetz.“ Dieses eherner Lohngesetz, auf welches auch das sozialdemokratische Programm Bezug nimmt („Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit“) soll darin bestehen, daß eine Erhöhung der Löhne den Arbeitern auf die Dauer keinerlei Vor-teil bringt. Eine Erhöhung der Löhne und Erleichterung des Lebens-unterhalts habe nur zur Folge Vermehrung der Ehen, Vergrößerung der Nachkommenschaft und infolge dessen späterhin ein größeres Angebot von Arbeitern, wodurch der Lohn wieder bis auf das not-wendigste Minimum des zum Lebensunterhalt Erforderlichen herunter-gedrückt wird. Nun verspricht zwar das sozialdemokratische Programm Aufhebung dieses ehernen Lohngesetzes durch seine Organisation der Produktion. In Wahrheit aber können sich die Sozialdemokraten der

Logik selbst nicht entziehen, daß, wenn jede Einkommensverbesserung für die Arbeiter aus den angeführten Gründen nur vorübergehenden Erfolg hat, auch die Verbesserung des Loses der Arbeiter durch die sozialdemokratische Weltordnung keinen dauernden Gewinn bringt. Auf dem Parteitag in Halle riet Liebknecht allerdings nur einen präzisieren Ausdruck für das „eiserne Lohngesetz“ zu wählen.

Wir sind nicht der Meinung, daß es ein solches eiserne Lohngesetz in diesem Sinne gibt. Die Arbeiter werden stets das Bestreben haben, ein erhöhtes Einkommen auch zu verwenden zur Verbesserung der Lebenshaltung des Einzelnen, also nicht bloß einseitig zur Vermehrung der Ehen und der Nachkommenschaft. Aber wenn es ein solches eiserne Lohngesetz gäbe, wie Ferdinand Lassalle dies dargestellt hat, so müßte allerdings unter diesem eisernen Lohngesetz gerade die ganze sozialdemokratische Herrlichkeit zusammenbrechen. Das hat Bebel nicht zugegeben, aber durchgeföhlt, und deshalb sucht er in einem langen Kapitel die Sorge vor einer Uebervölkerung in der sozialdemokratischen Welt zu beschwichtigen.

Zunächst tröstet er sich damit, daß die Welt zu einem großen Teile noch nicht vollständig angebaut sei. Wenn man insbesondere den Norden von Norwegen und von Sibirien besser kultiviere und in solche Gegenden statt einiger Hundert Auswanderer sogleich Millionen dirigiere, was ja der sozialdemokratischen Staatsleitung nicht schwer fallen kann, so würde dort eine ganz ungeahnte Vermehrung der Produktion sich herbeiföhren lassen. Auch aus dem Meer können noch manche Schätze gehoben werden, ganz abgesehen davon, daß — worauf Bebel gleichfalls hinweist — es ausführbar sei, aus einem Teil der Wüste Sahara ein Meer zu schaffen und Tausende von Quadratmeilen wüsten Sandbodens in üppige Ländereien zu verwandeln (Seite 209).

Zimmerhin bleibt die Möglichkeit einer Vermehrung der Menschen eine außerordentlich große, wenn der Staat jedes Kind als einen willkommenen Zuwachs der Sozialdemokratie betrachtet und deshalb die Erziehung und der Unterhalt desselben auf Staatskosten übernommen wird. Bebel meint zwar, daß eine große Kinderzahl nur eine Eigentümlichkeit der Armut sei. Man könnte indes mit viel mehr Recht den Satz aufstellen, daß dort, wo eine Klasse ihr soziales Fortkommen als abgeschlossen ansehen muß, die Zahl der Nachkommen eine größere ist als unter Verhältnissen, bei denen noch der Thätigkeit für die Verbesserung der eigenen Lebenshaltung ein Spielraum gelassen ist. In der sozialdemokratischen Weltordnung ist freilich dem Einzelnen jede Möglichkeit genommen, durch erhöhte Thätigkeit seine Lebenslage zu verbessern.

Bebel selbst vertraut auch jenem Naturgesetz nicht allzu sehr und ruft daher noch ein anderes zu Hilfe. Er meint, daß die lebendigen Wesen sich desto weniger vermehrten, je höher sie entwickelt seien. Der Löwe, der Elefant und das Kameel bringe weit weniger Junge zur Welt als die Hasen, die Ratten, die Mäuse und die Insekten. In dem Maße, wie der Sozialdemokrat der Zukunft den jetzigen Menschen übertreffe, werde deshalb auch die Volksvermehrung abnehmen. Auch

die Elefant hüße an Fruchtbarkeit ein, wenn er aus der Wildnis in der Zucht der Menschen komme und gezähmt werde. An Zucht und Zähmung wird ja für die Menschen der sozialdemokratischen Weltordnung nichts zu wünschen übrig bleiben.

Aber alles dieses genügt Bebel noch nicht, um die eigenen Sorgen zu beschwichtigen. Er schwingt sich daher am Schlusse dieses Kapitels zu der Hoffnung auf, daß es der sozialdemokratischen Zukunft gelingen werde, von der Art der Ernährung die Vermehrungsfähigkeit der Bevölkerung wesentlich abhängig zu machen. Auf diesem Gebiete sei der Kombination und der Hypothese noch ein weites Feld geöffnet, und könne es deshalb nicht schwer fallen, die Bevölkerungszahl durch die Nährweise in erheblichem Maße zu regulieren.

In diesem großen Zukunftsgedanken, welcher der sozialdemokratischen Staatsleitung zu guterletzt auch noch die Aufgabe zuweist, eine Menschenzüchtung durch bestimmte Ernährungsmethoden beliebig zu regulieren, hat die Bebel'sche Weltordnung ihren Schlußstein gefunden. Bebel findet nunmehr, daß die Regulierung der Bevölkerungszahl „ihre Lösung in der einfachsten Weise finden wird.“ Er schwingt sich stolz zu der Schlußphrase auf: Der Sozialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf alle Gebiete menschlicher Thätigkeit angewandte Wissenschaft.

Wir aber schließen unsere Betrachtungen mit dem Ausdruck, daß der Sozialismus nur eine auf unklares Bewußtsein und unzureichende Erkenntnis der Natur und des Wesens der Menschen und der Dinge begründete Irreleitung der Arbeiter darstellt.

